Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937
1920

35 (4.2.1920) Erstes Blatt

Visual Library

Bezugspreis: in Karlsruhe frei ins Haus geliefert monatlich 2.40 Mk., vierteljährlich 7.20 Mk., an den Ausgabestellen abgeholt monatlich 2.30 Mk. Auswärts am Postschalter abgeholt monatlich 2.30 Mk., vierteljährl. 6.90 Mk., durch den Briefträger frei ins Haus gebracht monatlich 2.65 M., vierteljährl. 7.95 M.

Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle Ritterstraße 1.

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung — Mit der Wochenschrift „Die Pyramide" — **Badische Morgenpost**

Anzeigen: die 9gesp. Nonpareillezeile oder deren Raum 60 Pfg., Reklamezeile 2.— Mk., an erster Stelle 2.50 Mk. Rabatt nach Tarif. Anzeigen-Annahme bis 12 Uhr mittags, kleinere Anzeigen spätestens bis 4 Uhr nachmittags.

Fernsprechanschlüsse: Geschäftsstelle Nr. 203. Verlag Nr. 257. Schriftleitung Nr. 70 u. 948

Verantwortlich für Politik: Martin Holzinger; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für Feuilleton: Carl Hessemer und Hermann Weick; für Inserate: Paul Kußmann. Druck und Verlag: C. F. Müllersche Hofbuchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Kurt Heinrich, Friedenau, Fregestraße 65/66. Teleph.-Amt Uhland 2002. Für unverlangte Manuskripte oder Drucksachen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist.

117. Jahrg. Nr. 35. — **Mittwoch, den 4. Februar 1920** — Erstes Blatt.

Die Aufgabe des Films.

Einer unserer hervorragendsten Kunstgewerbler, Peter Behrens, sagt über die Zukunft des Spielfilms: „Er ist die Erscheinung des modernen öffentlichen Lebens, die wie keine andere auf die weitesten Kreise wirkt. Darum liegt aber auch gerade in ihm die Macht eines hervorragenden Erziehungsmittels, die beste Möglichkeit für die Kulturpolitik. Und da er eine bildliche Sprache spricht, die jeder versteht, so wirkt er nicht nur gleich faßlich auf jung und alt, auf jeden Stand, sondern auch über das eigene Land hinaus auf andere Nationen. Und da es gar nicht zu vermeiden sein wird, daß deutsche Filme ins Ausland gehen, so müßte uns erst recht daran liegen, durch sie Geschmack und Tüchtigkeit, den Sinn für Qualität und gute Lebensart zu zeigen." Von solcher Aussicht sind wir weit entfernt. Im Gegenteil, erst kürzlich hat einer der Abgeordneten, dem in dem Film-Zensur-Ausschuß der Nationalversammlung Filme vorgeführt worden sind, gesagt, daß es erschreckend sei, welch ungeheurer Schmutz in einem Bildstreifen zusammengetragen werden kann. Der Gedanke, daß ein Teil dieses elenden Machwerks unreifen oder in der Entwicklung begriffenen Menschenkindern vorgeführt werde, lasse einem manchmal vor Scham das Blut zu Kopfe steigen.

Die vom minderwertigen Film ausgehende Volksvergiftung hat Veranlassung gegeben, in die Verfassung der Deutschen Republik einen Paragraphen zu bringen, der sagt:

„Eine Zensur findet nicht statt, doch können für Lichtspiele durch Gesetz abweichende Bestimmungen getroffen werden. Auch sind zur Bekämpfung der Schund- und Schmutzliteratur, sowie zum Schutze der Jugend bei öffentlichen Schaustellungen und Darbietungen gesetzliche Maßnahmen zulässig."

In Verfolg dessen hat die Regierung der Nationalversammlung ein Gesetz über die Filmzensur vorgelegt. Nach diesem Entwurf dürfen die Bildstreifen nur vorgeführt werden, wenn sie zugelassen sind.

„Die Zulassung wird versagt (wie es in der Fassung des Ausschusses heißt), wenn die Prüfung ergibt, daß die Vorführung des Bildstreifens geeignet ist, durch Anreiz zu Straftaten die öffentliche Ordnung oder Sicherheit zu gefährden, die Religion oder religiöse Einrichtungen herabzuwürdigen, oder durch Erregung niedriger Triebe verrohend oder entsittlichend zu wirken, oder das deutsche Ansehen oder die Beziehungen Deutschlands zu auswärtigen Staaten zu gefährden. Die Zulassung darf wegen einer politischen, sozialen, religiösen, ethischen oder Weltanschauungstendenz als solcher nicht versagt werden. Die Zulassung darf nicht versagt werden aus Gründen, die außerhalb des Inhalts der Bildstreifen liegen. Jugendliche unter einer bestimmten Altersgrenze (im Entwurf sind 17 Jahre festgesetzt) sind von der Besichtigung jener Bildstreifen auszuschließen, von denen eine schädliche Einwirkung auf ihre sittliche, geistige oder gesundheitliche Entwicklung oder eine Ueberreizung ihrer Phantasie zu befürchten ist. Die Zulassung der Bildstreifen, der Titel, der verbindenden Texte und der Reklameplakate hat für das ganze Reich Gültigkeit. In besonderen Fällen kann die Ortspolizei mit einem Verbot eingreifen, wenn sie besondere Gefahren für die Vorführung eines Films gerade in ihrer Gemeinde befürchtet.

Die Prüfungsstellen sollen sich aus Beamten und aus Sachverständigen, die ihrerseits aus den Kreisen des Lichtspielgewerbes, den Kunstsachverständigen und den Vertretern von Volksbildung und Jugendpflege entnommen sind, zusammensetzen. Jede Prüfungsstelle soll aus drei Mitgliedern bestehen. Gegen das Verbot eines Bildstreifens können die Filminteressenten innerhalb von zwei Wochen Beschwerde bei der Oberprüfungsstelle, die aus fünf Mitgliedern, darunter vier Sachverständigen, besteht, einlegen. Die Entscheidung der Oberprüfungsstelle soll endgültig sein. Für Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen des Gesetzes sind Gefängnisstrafen bis zu 2 Jahren und Geldstrafen bis zu 10 000 Mk., im Falle der Fahrlässigkeit Geldstrafen bis zu 3000 Mk. vorgesehen, die von der Nationalversammlung wahrscheinlich noch erhöht werden."

Der Entrüstungssturm der Filmindustrie gegen den Gesetzentwurf ist ganz unangebracht. Ein sozialer Staat hat die Pflicht, besonders die Jugend vor moralischen Erschütterungen gegen das schrankenlose Gewährenlassen kapitalistischer Interessen zu schützen.

Da der Film nun einmal Eingang gefunden hat, ist es notwendig, an Stelle der Schundfilme etwas Gutes zu bieten und das um so mehr, als der Film eine Reihe wichtiger Aufgaben erfüllen kann. Der gute Film, ein dramatisches Gebilde, das auf das ausgesprochene Wort verzichtet, und nur mit Situationen, mit Bewegung, mit Mimik arbeitet, muß aus dem photographischen Bilde entstehen, muß sich aus eigenen ästhetischen und technischen Gesetzen entwickeln und darf nicht länger in völliger geistiger Abhängigkeit sich auf die Auswertung von Romanen, Tragödien, Lustspielen beschränken. Er kann dem Städter das Meer und die Berge zeigen, kann ihm die Reize der deutschen Städtekultur und die Anmut und die Herbheit eines deutschen Landschaftsbildes weisen oder kann umgekehrt die Landbevölkerung mit unserer Industrie, mit der Farbigkeit und Bewegtheit der Großstadt bekannt machen und so den Horizont jedes Einzelnen erweitern. Das Kino kann uns in entlegene Kulturepochen einführen, kann fremde Länder und Völker, große historische Geschehnisse unmittelbar plastisch vor Augen stellen, mittelalterliche Ritterturniere so gut wie indische Fürstenpracht, die russische Volkskultur so gut wie das Leben am Bosporus. So kann der Film dazu dienen, die Einschränkung von Zeit und Raum zu überwinden und ganze Völker an dem Kulturleben anderer Nationen teilnehmen zu lassen. Naturwissenschaftliche Experimente und Forschungen können vorgeführt werden. Die Aufklärungsfilme, die heute durch ihren Mißbrauch einen schlimmen Ruf bekommen haben, können von großer Bedeutung für die sozial-hygienische Propaganda sein, es sei da z. B. nur an die Filme erinnert, die die Folgen einer guten Säuglingspflege falschen Maßnahmen gegenüberstellen.

Zum Kampf gegen den Kinoschund hat sich die Jugend vieler Großstädte zusammengeschlossen. — Der Bilderbühnenbund deutscher Städte, dem bereits über 100 Städte, Gemeinden und Verbände angehören, will für die Reinigung des Kinos von Schmutz eintreten und organisatorische, anregende und kritische Arbeit leisten. Er will seinen Mitgliedern erleichtern, Schul- und Musterlichtspielbühnen ins Leben zu rufen, die nicht nur auf Geschäftsgewinn, sondern auch auf Kulturleistung eingestellt sind. Er will durch Zusammenschluß einer bedeutenden Anzahl solcher Bühnen einen Großabnehmer für Qualitätsware schaffen. Er will die schöpferischen, geistigen Kräfte aus Wissenschaft, Kunst, Technik und Volkswirtschaft, Jugenderziehung und Bildungspflege zusammenziehen zum Kampf gegen den Schundfilm und rechnet dabei auf die bewährte, kulturfreudige Tatkraft und das Gemeinschaftsgefühl der kommunalen, besonders der städtischen Selbstverwaltung. Er hat zu diesem Zweck ein Abkommen mit der Universum-Film-A.-G. (Ufa) getroffen, das Reformen auf dem Gebiete des Kinobetriebes bezweckt. Die Filmliga in Berlin versucht, die Entwicklung des Films in gute Bahnen zu lenken durch kraftvolle Organisationen des Publikums und durch Unterstützung des guten Lichtspiels. Sie besteht aus Künstlern, Wissenschaftlern und Volksbildnern.

Alle, die den Genesungsprozeß unseres Volkes beschleunigen wollen, finden eine wichtige Aufgabe in der Abwehr des Schundfilms, der Erörterung der prinzipiellen Möglichkeiten des Films und in der Forderung des guten Films. Die Frauenbewegung, die stets bereit war, die Volksjugend und Volksgesundheit zu pflegen, sollte auch hier nicht fehlen. In den Zensurstellen sollen Vertreter des Volksbildungswesens und der Jugendpflege mitarbeiten. Das werden häufig Frauen sein. Es ist notwendig, daß sie unterstützt werden und in der Frauenbewegung Halt und Anregung finden.

Die Verkürzung der Brotration.

H. Von unserer Berliner Redaktion wird uns gedrahtet:

Es scheint noch auf lange hinaus unser trauriges Schicksal zu sein, daß, wenn einmal eine Aussicht auf Besserung der Dinge und der Menschen erschien, sofort wieder eine neue schwarze Wolke den schwachen Lichtschein verdrängt. So auch jetzt. Kaum atmen wir etwas erleichtert auf ob der Meldungen aus dem Ruhrrevier wie der aus den Eisenbahnwerkstätten, wonach eine allgemeine Beruhigung der Arbeiterschaft und eine wieder beginnende Arbeitslust festgestellt wird, was Hoffnung auf mehr Kohlen, mehr Lokomotiven und dadurch auch auf erhöhte Industrietätigkeit und bessere Verkehrsverhältnisse deutet, da muß die Regierung eingestehen, daß sie in der Ernährungsfrage wieder einmal mit ihrem Latein zu Ende ist. Die angekündigte Herabsetzung der Brotration soll zwar, wie beschwichtigend versichert wird, nur vorübergehend sein, aber nachdem im Januar von denselben Regierungsstellen alle nur zu wohl begründeten Warnungen dementiert wurden, ist jetzt das Mißtrauen der Bevölkerung gegen solche Versprechungen noch stärker als bisher. Und da gleichzeitig Kartoffelknappheit und horrende Steigerung aller Preise besonders in den Großstädten eine stumpfe Erbitterung hervorgebracht haben, ist das Versagen unserer Getreideversorgung doch recht bedenklich.

Es ist ja gewiß menschlich begreiflich, daß die Regierung solange wie möglich mit der traurigen Ankündigung wartete, um erst andere Sorgen, eben die kommunistischen Putsch- und Streikgefahren, zurückzudrängen. Es zeigt aber doch auch wieder den Mangel an Energie und Voraussicht, der die Autorität der Regierung, soweit sie noch vorhanden ist, untergräbt.

Seit vielen Wochen hat man im Reichswirtschaftsministerium grundsätzlich eingesehen, daß eine Sicherung unserer Volksernährung nur durch eine großzügige praktische Auseinandersetzung mit der Landwirtschaft möglich ist. Der Ton mußte aber von Anfang an auf dem Worte praktisch liegen, und alle theoretischen und Lieblingsvorstellungen mehr oder minder fortgeschrittener Sozialisten ebenso wie die der extremen Agrarier mußten zunächst völlig außer Betracht bleiben.

Es wird also wohl nur übrig bleiben sich in keiner Weise auf die Frage: Zwangswirtschaft oder freie Wirtschaft festzulegen, sondern zu dem Kompromiß zu kommen, das die schnellsten Lieferungsergebnisse verspricht. Die Verhandlungen des Reichsausschusses der Deutschen Landwirtschaft im Reichswirtschaftsministerium dürften sich denn auch um diesen Kernpunkt drehen. Man wird vielleicht die Zwangswirtschaft für Fleisch, Fett, Zucker und Kartoffeln aufheben, wenn zugleich die Unterstützung der landwirtschaftlichen Verbände für die Belieferung der Städte gesichert wird, während für Getreide, Hafer mit einbegriffen, für die nächste Zeit die Zwangswirtschaft beibehalten wird unter Eingehen auf die Wünsche der Landwirtschaft, soweit das irgendwie finanziell möglich ist.

Der Prozeß Erzberger-Helfferich.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 3. Febr.

In der heutigen Sitzung wird ein Telegramm des zuständigen Gerichtsarztes verlesen, wonach der Zeuge August Thyssen so leidend ist, daß er die Reise nach Berlin nicht antreten kann.

Es kommen die Fälle Dombrowski und Angerle zur Sprache, sowie der Fall der sächsischen Serumwerke. Dr. Helfferich bemerkt dazu, Erzberger habe in der Zeit der schlimmsten Zuckernot den sächsischen Serumwerken Zucker zugewiesen zur Herstellung eines Keuchhustenmittels. Dabei habe er aber verschwiegen, daß er finanziell an der Sache beteiligt sei. — Geh. Justizrat Gordon gibt eine Erklärung ab, daß Erzberger an den Serumwerken nicht mit einem Pfennig beteiligt ist. 1909 habe ihn der Vorsitzende einer lokalen Zentrumsorganisation für das neue Keuchhustenmittel zu interessieren gesucht. Erzberger habe dessen Güte bei seinen eigenen Kindern festgestellt und in Gemeinschaft mit führenden Zentrumsmännern, dem Grafen D. Praschma, Dr. Heim usw. die Erfindung finanziert. Erzbergers Beteiligung betrug ganze 1000 M. Nachdem die damalige Pinpodin-Gesellschaft in den Serumwerken aufgegangen war, sollten auf ihre früheren Teilhaber ganze 10 Pfg. für jede Flasche, die über 40 000 Stück verkauft würden, entfallen. Tatsächlich seien niemals über 40 000 Flaschen verkauft worden.

Der Vertreter der sächsischen Serumwerke bekundete als Zeuge, daß die Werke auf Vorstellung bei der Reichszuckerstelle ganze 3 bis 4 Zentner Zucker pro Monat erhalten hätten. Prof. Dr. Juckenack erklärt, als Gutachter der Pinpodinpräparate, er habe gleichzeitig mit diesem Auftrage ein Schreiben Erzbergers erhalten, das Pinpodin als ein ausgezeichnetes Mittel bezeichnete und mit dem Hinweis auf eine Anlage dem darin geäußerten Wunsche zu entsprechen versprach. Die Anlage bestand in einem Schreiben der Serumwerke an Erzberger, worin sie dessen Einwilligung bei ihrer Bitte um Zuckerzuweisung bat. Von beiden Parteien werden an den Gutachter eine ganze Reihe von Fragen gerichtet, die der Vorsitzende schließlich mit dem Hinweis darauf abschneidet, daß nur Tatsachen festgestellt werden sollen, deren Beurteilung allein Sache des Gerichts sei. Geh. Rat Gordon frägt den Zeugen Prof. Juckenack, wie das an sich unbedeutende Material des Pinpodinfalles zur Kenntnis Helfferichs gekommen sei. Prof. Juckenack erklärte, er habe bei der Behörde seine Entrüstung über die Angelegenheit Ausdruck gegeben. Helfferich habe die Sache von mehreren Seiten erfahren. Allerdings habe er dann auf Befragen auseinandergesetzt, was richtig und falsch darin sei. Der Rechtsbeistand Dr. Helfferichs, Dr. Alsberg, meint, durch solche Fragen an einen Zeugen würden Leute, die sich veranlaßt fühlen könnten, zur Klärung des Sachverhalts Material zuzutragen, eingeschüchtert werden. Rechtsanwalt Friedländer rechtfertigt die Frage nach der Herkunft des Materials damit, daß bewiesen werden soll, daß Helfferich bei der Veröffentlichung seiner Broschüre gegen Erzberger nur Material in Sachen Thyssen und Berger-Tiefbau besessen habe. Alles weitere sei ihm später zugetragen worden. Dr. Helfferich protestiert nachdrücklich gegen diese Anzweiflung seiner Erkundigungen. Er habe bei Eröffnung des Feldzuges gegen Erzberger umfassendes Material besessen. Der Direktor der sächsischen Serumwerke bestätigt als Zeuge, daß eine Rückvergütung an die Pinpodingesellschaft nie bezahlt worden sei. Die sächsischen Serumwerke hätten auch mit und ohne Mitwirkung Erzbergers niemals mehr an Zucker erhalten als das ihnen zustehende Kontingent. Erzberger sei durch die Serumwerke in keiner Weise geschäftlich tätig gewesen. Als die Tatsache zur Sprache kommt, daß Erzberger seine beiden Anteilscheine über Vari verkauft hat, erklärt der Zeuge Erfurt auf Befragen des Vorsitzenden, daß Erzberger keinerlei Vorteile hatte, die nicht durch die Sache begründet waren. Es seien ihm auch keine gewährt worden, um etwas zu erreichen, oder weil etwas erreicht war. Die Sitzung wird auf Donnerstag vertagt.

Kundgebungen in Oberschlesien.

(Eigener Drahtbericht.)

Opeln, 3. Febr. In Oberschlesien kam es bei Ankunft der französischen Truppen vielfach zu nationalen Kundgebungen. Anfangs hielt sich die deutsche Bevölkerung zurück, als aber die Polen polnische Lieder sangen, stimmten die Deutschen „Deutschland, Deutschland über alles" und die „Wacht am Rhein" an. In jenen Orten, in denen die Großpolen in den Gemeindevertretungen die Mehrheit besitzen, wie in Myslowitz, Hindenburg, Loboschütz und anderen Orten, hatten sich die Polen zu festlichem Empfang mit Musik in den Farben der Alliierten und Polen eingefunden. In den übrigen Orten, besonders in Kattowitz und Beuthen, hielt sich die Bevölkerung sehr zurück.

Die Schweiz und der Völkerbund.

(Eigener Drahtbericht.)

Bern, 3. Febr. (Wolff.) In den eidgenössischen Räten gab Bundesrat Motta die Stellungnahme des Bundesrates in der Völkerbundsfrage bekannt, die keinerlei neue Tatsachen ergebe, aber die bisher verfolgten und zukünftigen Richtlinien erkennen lasse. Während in der Frage der Beitrittsfrist scheinbar gegenüberstehende und noch auseinandergehende Meinungen vorliegen, handle es sich bei der Neutralitätsfrage um Einzelheiten, die mit aller Deutlichkeit festgelegt werden mußten. Eine Volksabstimmung bedürfe langer intensiver Vorbereitungen und klarer Fragestellung. Die Schweiz könne militärisch an keinem Kriege teilnehmen, auch nicht an einem durch Artikel 16 des Völkerbundsvertrages vorgesehenen Krieg. Die Schweiz sei unverletzlich und könne weder den Durchzug noch irgendwelche Vorbereitungen militärischer Unternehmungen auf ihrem Boden dulden. Ungewißheit über den Sinn oder die Tragweite der schweizerischen militärischen Neutralität dürften nicht bestehen. Die Verhandlungen in London werden über das künftige Schicksal, die internationale Lage und Stellung der Schweiz in der Welt entscheiden, wobei sich die Schweiz auf ihre gerechte Sache stützen werde. Es könne niemanden gleichgültig sein, ob der Weg zum Völkerbund für die Schweiz offen sei oder nicht, besonders nicht für diejenigen, die an internationale Rechtsbildung große Hoffnungen knüpfen. Die Erklärung fordert die Stände auf, sich vorläufig jeder Diskussion dieser Frage zu enthalten. Solange die Vereinigten Staaten ihren Beitritt zum Völkerbund noch nicht vollzogen hätten, würde der Bundesrat den Beitritt der Schweiz nicht ohne Zustimmung der Stände vollziehen.

Karl Kanzow.

Ein Nachruf vom Abg. Dr. Guido Leser (Heidelberg).

Aus Berlin kommt die Trauerkunde vom Hinscheiden des demokratischen Abgeordneten Karl Kanzow. Erst 61 Jahre alt, ist er einer Lungenentzündung erlegen. Im vorigen Winter bereits hatte ihn die Krankheit ergriffen und an den Rand des Grabes geführt. Aber seine zähe Natur hatte sich ihrer erwehrt und in den sorgenden Herzen seiner Freunde die Hoffnung geweckt, die völlige Genesung, der er entgegenzugehen schien, werde eine dauernde sein. Die Hoffnung ist trügerisch gewesen.

Karl Kanzow entstammte einer alt-brandenburgischen Familie, die ihren Stammbaum über mehr als ein halbes Jahrtausend zurückführen konnte: Vor 500 Jahren saßen seine Vorfahren als ehrsame Handwerker in der Uckermark. Er selbst war am 22. September 1858 in Stettin geboren, hatte dort das Marienstiftsgymnasium besucht und in Bonn, Straßburg und Berlin Rechtswissenschaft studiert. 1885 legte er die große Staatsprüfung ab, und schon vier Jahre später wurde er Staatsanwalt in Königsberg. Nach abermals 4 Jahren kam er in gleicher Eigenschaft nach Berlin ans Landgericht I, erhielt im Herbst 1900 die Stellung des aufsichtsführenden Amtsanwalts am Amtsgericht Berlin-Mitte und wurde im Mai 1903 Landgerichtsdirektor am Landgericht I. Diese glänzende Laufbahn verdankte er den Fähigkeiten, die ihn später auch als Politiker ausgezeichnet haben: ausgebreiteten allgemeinen und fachlichen Kenntnissen, einer seltenen Kunst im Umgang mit Menschen, einer stets auf das Wesentliche gerichteten Sachbehandlung. Sein Name ging erstmals durch ganz Deutschland, als der des unparteiischen Vorsitzenden in den großen politischen Prozessen, die in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrzehnts überall Aufsehen machten.

Unter Verzicht auf die ihm angebotene Stellung eines Landgerichtspräsidenten trat Kanzow Ende 1911, erst 53jährig, in den Ruhestand. Er widmete sich seinen Neigungen auf dem Gebiete von Kunst und Literatur und entfaltete als Vorsitzender des Vereins der Kunstfreunde und als Syndikus des Vereins Berliner Künstler eine wertvolle Wirksamkeit. Vor allem aber gab er jetzt endlich den Stimmen derer nach, die in ihm schon längst den geborenen Parlamentarier erkannt hatten: er bewarb sich um ein politisches Mandat und wurde bei den Wahlen des Jahres 1918 von Königsberg als Mitglied der Fortschrittlichen Volkspartei ins preußische Abgeordnetenhaus entsandt. Hier hat er sich in kurzer Zeit das Ansehen eines parlamentarischen Führers erworben. Er hat nicht besonders häufig das Wort ergriffen. Aber die Reden im Preußenhause, die er zum Justizetat, dann während des Krieges vorzugsweise an Tagen der großen Politik gehalten hat, dürfen als Meisterstücke parlamentarischer Beredtsamkeit gelten. Unvergessen ist seine hervorragende Tätigkeit um die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen; daß ihr vor dem Zusammenbruch der Erfolg versagt blieb, ist wahrlich nicht seine Schuld gewesen. Nur wenige Politiker kennen Aufgaben und Bedürfnisse der deutschen Presse so gut, wie er sie kannte. Als eine Sünde wider Gerechtigkeit und Sittlichkeit hat er den Antisemitismus verurteilt und bekämpft.

Es war selbstverständlich, daß ein Mann wie Kanzow in den Geschäftsführenden Ausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei gewählt wurde, und daß er auch zu den ersten Vorkämpfern der in den Novemberstürmen des Jahres 1918 geborenen Deutschen Demokratischen Partei zählte. In den schweren Wintermonaten, die der Gründung folgten, hat er hingebendste Arbeit geleistet. Er hat dabei an alles Wesentliche gedacht — nur nicht an seine eigene Schonung. Die Anstrengungen, die er sich zumutete, waren selbst für seine Kraft zuviel.

Karl Kanzow war eine Führernatur. Zu Großem wäre er im neuen Deutschland noch berufen gewesen. Daß es anders gekommen ist, darum klagt seine Partei und hat das ganze Volk Anlaß zu klagen. Denn Kanzow war nicht allein ein Mann von tiefer und vielseitiger Bildung und von ungewöhnlichen Geistesgaben, er war vor allem ein Mensch von einer vorbildlichen Stärke des Charakters und von einer wundervollen Reinheit des Herzens, allem Echten und Guten zugewandt, dem Falschen und Gleißenden feind. Das Vaterland hat einen seiner Besten verloren.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Auswärtige Staaten.

Die Entente verbietet Ungarn die Wiedereinsetzung der Dynastie Habsburg.

Paris, 3. Febr. (Havas.) Die Botschafterkonferenz nahm in ihrer Sitzung vom Montag eine Resolution an, die der ungarischen Regierung, sowie den Regierungen der Tschecho-Slowakei, von Rumänien, Polen, Jugoslawien und Oesterreich notifiziert wurde. In dieser Resolution wird u. a. gesagt: Man unterstellt den Mächten, als seien sie bereit, die Wiedereinsetzung der Dynastie Habsburg auf den ungarischen Thron anzuerkennen oder zu begrüßen. Die hauptsächlichsten alliierten Mächte sind der Meinung, daß die Herstellung einer Dynastie, welche in den Augen ihrer Untertanen ein System der Unterdrückung und Beherrschung der anderen Rassen kraft des Bündnisses mit Deutschland verkörpert, unvereinbar wäre, sowohl mit den Prinzipien für welche gekämpft wurde, als auch mit den Ergebnissen des Krieges, welche die Befreiung der vorher unterjochten Völker bewirkten. Die alliierten Mächte können nicht zugeben, daß die Wiedereinsetzung des Hauses Habsburg als eine Angelegenheit betrachtet wird, die lediglich die ungarische Nation betrifft. Sie erklären daher durch Gegenwärtiges, daß eine derartige Wiederherstellung im Gegensatz stände zu den Grundlagen der Friedensbedingungen und weder anerkannt noch geduldet werden würde.

Die Anklage gegen Bela Kun und Genossen.

(Eigener Drahtbericht.)

Budapest, 3. Febr. (Wolff.) Die Staatsanwaltschaft hat die Anklageschrift, auf Grund deren Oesterreich neuerlich um Auslieferung von Bela Kun und Genossen ersucht wird, fertig gestellt. Sie erhebt gegen die Genannten die Anklage wegen Verbrechens des Mordes in über 280 Fällen.

Rücktritt des belgischen Kriegsministers.

(Eigener Drahtbericht.)

Brüssel, 3. Febr. (Wolff.) Wie die Blätter melden, ist der Kriegsminister aus Gesundheitsrücksichten zurückgetreten.

Von der Pariser Botschafterkonferenz.

Paris, 3. Febr. Die Botschafterkonferenz trat gestern morgen im Ministerium des Aeußern unter dem Vorsitze von Millerand zusammen. Millerand gab einen Bericht über den Stand der Kohlenlieferungen, zu denen Deutschland gemäß Friedensvertrag verpflichtet ist, die es aber nicht ausführt. Die Konferenz setzte den Text der Mitteilung betr. die Liste der von Deutschland gemäß § 228 des Versailler Vertrages auszuliefernden Schuldigen fest, die wahrscheinlich morgen von Lersner übergeben wird.

Die Konferenz hat die österreichischen Verpflegungs- und Finanzminister ermächtigt, nach Paris zu kommen, um dort von neuem die Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Lage Oesterreichs darzulegen.

Die Adriafrage.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 3. Febr. „Intransigeant" schreibt, Frankreich und England hätten in Belgrad wissen lassen, daß sie sich angesichts der Nichtannahme der Kompromißvorschläge über die Adriafrage durch Serbien nunmehr an den Vertrag von London halten würden.

Englische Zukunftssorgen.

Amsterdam, 3. Febr. Den englischen Blättern zufolge erklärte Churchill in seiner Rede, in der er die Neubildung des Territorialheeres zur Verteidigung des britischen Reiches begründete, die Territorialstreitkräfte seien dazu bestimmt, bei einem Angriff Deutschlands am Rhein oder Rußlands gegen Indien dem regulären Heere zu Hilfe zu kommen.

England will Polen zum Friedensschluß mit Sowjetrußland bewegen.

London, 3. Febr. Eine Meldung der „Morningpost" aus Warschau besagt, daß der polnische Gesandte in London seiner Regierung eine Mitteilung zukommen ließ, nach der Lloyd George sich geweigert habe, die für die polnische Armee gegen die Bolschewisten verlangte Hilfe zu gewähren. Der englische Ministerpräsident solle klar zu verstehen gegeben haben, daß er sich keineswegs einem Friedensschluß zwischen Polen und Sowjetrußland entgegensetzen werde. Diese Mitteilung machte tiefen Eindruck in Warschau, wo die Zeitungen gegenwärtig eine heftige Campagne gegen den englischen Premierminister führen. Der Korrespondent der „Morningpost" will aus sicherer Quelle erfahren haben, daß alle erdenklichen Anstrengungen gemacht wurden, um Polen zur Einstellung der Feindseligkeiten zu bewegen.

Großbritanniens Politik gegenüber Rußland.

(Eigener Drahtbericht.)

Amsterdam, 3. Febr. (Wolff.) In einer Unterredung mit einem Berichterstatter des „Manchester Guardian" erklärte Kerenski, die britische Politik gegenüber Rußland sei von imperialistischen und wirtschaftlichen Gründen geleitet. Die britische Regierung habe die Politik von Brest-Litowsk fortgesetzt. Der Kaukasus sei tatsächlich ein britisches Protektorat. Baku und Batum seien in den Händen der Engländer. Das Naphthagebiet von Aserbeidschan, das Rußland durch die Blockade geraubt worden sei, habe Großbritannien sich angeeignet. England beherrsche die Straße nach Persien und Turkestan.

Amerika und der Friede.

Amsterdam, 3. Febr. Aus einer Meldung des „Telegraaf" aus London geht hervor, daß die „Times" keineswegs aus Washington gemeldet hat, daß der Beitritt Amerikas zum Völkerbund beschlossen worden sei, sondern daß er jetzt, nachdem die Konferenz beider Parteien gescheitert ist, ausgeschlossen sei. Eine Bewegung zu gunsten eines Sonderfriedens mit Deutschland liege jedoch im Bereich der Möglichkeit. Präsident Wilson müsse sich entweder einer Ratifikation des Friedensvertrag mit Vorbehalten oder einer Verschiebung des Beitritts bis nach der Präsidentschaftswahl fügen.

Amerika und Europa.

Paris, 2. Febr. (Wolff.) Wie die Blätter aus Amerika melden, hat der amerikanische Schatzsekretär Glaß dem Präsidenten der amerikanischen Handelskammer auch geschrieben, daß zur Lösung des Problems der Wiederaufrichtung die alliierten Regierungen die von Deutschland geforderte Entschädigungssumme auf eine Ziffer herabsetzen sollten, die es ihm gestatte, zu bezahlen. Deutschland solle Obligationen in Höhe dieser Summe emittieren. Man müsse ihm Zeit lassen zu arbeiten, um seine Schulden bezahlen zu können. Diese Art vorzugehen würde die Zahlungsfähigkeit Deutschlands erhöhen und das Vertrauen wieder herstellen und würde auch dem Handel der gesamten Welt einen neuen Antrieb geben. Die Zahlung von Summen, die unmöglich bezahlt werden können, zu verlangen, würde zu keinem praktischen Ergebnis führen und rufe Besorgnis hervor.

Die deutsche Republik.

Der Reichswirtschaftsrat.

Am 5. Februar wird der volkswirtschaftliche Ausschuß der Nationalversammlung zur Beratung des Entwurfs zu dem vorbereitenden Reichswirtschaftsrat zusammentreten. Nach der dem Entwurf beigefügten Begründung wird der vorbereitende Reichswirtschaftsrat die Aufgabe haben, bis zur Einrichtung des endgültigen Reichswirtschaftsrats begutachtend bei der Gesetzgebung über grundlegende wirtschaftliche Fragen mitzureden. Zu seinen wichtigsten Aufgaben wird zunächst gehören die Mitwirkung bei der Gesetzgebung, die den Aufbau der neuen Wirtschaftsverfassung durch Schaffung von Arbeiterräten, Unternehmervertretungen und der beiden zusammenfassenden Wirtschaftsräte betrifft. Außerdem soll er durch seinen sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Ausschuß bei dem Zustandekommen jener wirtschafts- und sozialpolitischen Unternehmungen mitwirken, für die in der Uebergangszeit gemäß den hierfür gegebenen Vollmachten das verkürzte oder vereinfachte Gesetzgebungsverfahren zugelassen ist. Wegen der Zusammensetzung des Reichswirtschaftsrates nach den einzelnen Berufsgruppen weist die Denkschrift darauf hin, daß bei der besonderen Art der Aufgabe des vorbereitenden Reichswirtschaftsrates vor allem dafür gesorgt werden muß, daß das Schwergewicht der Arbeit in die Vollversammlung und nicht in die Ausschüsse gelegt wird. Will man diesem Grundsatze Rechnung tragen, so darf der vorbereitende Reichswirtschaftsrat nicht zu umfangreich sein. Die Denkschrift bezeichnet daher die in Aussicht genommene Zahl von 200 Mitgliedern als die äußerste Grenze des Möglichen. Ueber die Verteilung der Sitze werden in der dem Reichsrat zugegangenen Erläuterung folgende Ziffern genannt: für die Land- und Forstwirtschaft 46 Mitglieder, für die Industrie 46, Handel, Banken und Versicherungswesen 30, für Verkehr und städtische Betriebe 14, für das Handwerk 10, für die Verbraucherschaft 20, für die Beamtenschaft 12. Zehn Mitglieder sollen vom Reichsrat, 12 von der Reichsregierung ernannt werden.

Eine neue Beleidigungsklage Erzbergers.

Major Duesterberg hat in einem Artikel der „Halleschen Zeitung" behauptet, ein von ihm an den Kriegsminister persönlich gerichteter Brief sei im Büro Erzbergers in Berlin geöffnet und von diesem Brief eine Abschrift für Erzberger hergestellt worden. Aus Anlaß dieser Behauptung hat Reichsfinanzminister Erzberger gegen Major Duesterberg Strafantrag wegen Beleidigung gestellt.

Zur gewerkschaftlichen Organisation der Post- und Telegraphenbediensteten.

Auf einer in Berlin stattgefundenen Vertreterkonferenz der Postbediensteten wurde die Gründung einer Gewerkschaft für Post- und Telegraphenbeamte und Arbeiter beschlossen mit Anschluß an den Deutschen Gewerkschaftsbund, der eine Zusammenfassung der nichtsozialistischen Arbeitnehmervereinigungen darstellt.

Drohender Streik in der deutschen Hochseefischerei.

Wie der „Vorwärts" aus Hamburg berichtet, haben dort seit einigen Tagen die Fischdampferkapitäne und Steuerleute die Arbeit niedergelegt. Der Streik drohe, sich auf die gesamte Hochseefischerei auszudehnen, so daß mit einer Krise in der Fischversorgung gerechnet werden müsse.

Badische Politik.

Zur Landesschulkonferenz.

Von einem Fachmann wird uns geschrieben:

Durch die im Februar stattfindende Landesschulkonferenz wird die Schulfrage wieder stark in den Vordergrund des öffentlichen Interesses gerückt. Da wir nun vor einer Ueberleitung zur Ausgestaltung des Schulwesens im Sinne der neuen Reichsverfassung stehen, ist es zu begrüßen, wenn von fachmännischer Seite diese Frage für ein ganzes Schulwesen beleuchtet wird.

Unser badisches Schulwesen erfreut sich guten Ansehens, wovon der Zudrang nichtbadischer Landeskinder Zeugnis ableat. Nur in einem haben wir eine Lücke, die z. B. unsern württembergischen Nachbarn, denen eine gewisse Geschäftstüchtigkeit auch auf dem Schulgebiet innewohnt, Gelegenheit gab, sie auszunützen. Wir denken an die Höheren Handelsschulen, die, obwohl Privatanstalten, infolge der staatlichen Anerkennung hohe Schülerzahlen aufweisen und selbst vom Ausland viel besucht werden. Unsers Erinnerns hat vor etwa einem Jahrzehnt die Städtische Handelsjahresschule in Konstanz und die private Schwarzwaldschule in Pforzheim, die aus einer Handelsschule hervorgegangen ist, versucht, aber leider nicht erreicht, es unsern Nachbarn gleichzutun. Und so blieb zwischen Handelsschule und Handelshochschule eine Lücke in unserm Schulwesen, die bei der gewerblichen Schulbildung durch die Stufen Gewerbeschule, Baugewerbeschule (Ingenieurschule in Mannheim), Technische Hochschule vermieden ist. Zu bedenken ist, daß die neuere Entwicklung nicht nur an den Kaufmann, sondern auch an weitere Berufsgruppen wie Arbeitervertreter (Betriebsräte), Großhandwerker, Steuer-, Verwaltungs-, Post-, Eisenbahnbeamte und nicht zuletzt an Lehrer die Anforderungen einer umfassenden wirtschaftlichen Ausbildung stellt, die die Mittelschule in ihrer heutigen Form nicht vermitteln kann. Von Eltern, die ihre Kinder, um sie bald einem Berufe zuzuführen, eine Mittelschule nur eine Reihe von Jahren besuchen ließen, und von solchen Schülern als Erwachsene selbst hört man oft die Klage gegen die Mittelschule erheben, daß ihnen für ihr praktisches Leben dort wenig vermittelt worden sei, eine Klage, die daher rührt, daß die Mittelschule in ihrem Aufbau eben nur auf die Schüler Rücksicht nimmt, die sie bis zur Reifeprüfung durchlaufen.

Den hieraus entstehenden und in das praktische Leben tief eingreifenden Nöten abzuhelfen und den Weg zum Ausbau unseres Schulwesens zu zeigen, unternimmt Rektor A. Willareth in seiner bei D. Weber, Pforzheim, erschienenen Schrift „Die Wirtschafts- und Handelsschule als Glied der nationalen Einheitsschule". Nicht nur schürfend, sondern erschöpfend weiht uns der Verfasser in die Aufgabe, Organisation und den Lehrplan dieser Schulgattung ein, die keine Zersplitterung, sondern eine begrüßenswerte Vervollständigung unseres Schulwesens bedeuten würde. Schulmänner, Kaufleute, Arbeiter- und Beamtenkreise und alle Teilnehmer der Landesschulkonferenz seien auf diese Schrift hingewiesen. Ohne auf Einzelheiten einzugehen, sei doch der stofflich und methodisch vorbildlich aufgebaute Lehrplan hervorgehoben. Zum Besuch der Handelshochschulen, die sich einer wachsenden Bedeutung erfreuen, gibt die Wirtschafts- und Handelsschule das beste Rüstzeug mit auf den Weg. -g.

Zu den Vorgängen an der Technischen Hochschule Karlsruhe.

Die Studentenschaft der Technischen Hochschule Karlsruhe sendet uns folgende Erklärung mit der Bitte um Veröffentlichung:

„Um zum Teil entstellte Darstellungen des sogenannten Konfliktes in der Technischen Hochschule richtigzustellen, erklärt die Studentenschaft, daß es sich in der Angelegenheit der Berufung des jüdischen Herrn Direktor Dr. Max Mayer-Berlin für sie garnicht um formale oder persönliche Dinge gehandelt hat, sondern um die Idee der deutschen Hochschule. Die Studentenschaft hält es in jetziger Zeit für die Hauptaufgabe der Hochschule, solche Persönlichkeiten für die Zukunft heranzubilden, die dem deutschen Volke zu innerer Erstarkung durch Erkenntnis und Betätigung deutschen Wesens verhelfen können. Die Studentenschaft verkennt nicht die bedeutenden Verdienste, die sich hervorragende jüdische Gelehrte um die Wissenschaft erworben haben, und betont, daß sie keine Einwendungen gegen ihre derzeitigen Lehrer jüdischer Rasse hat. Sie ist aber der Ansicht, daß die Gefahr besteht, eine weitere Berufung jüdischer Lehrkräfte würde die deutsche Geistesbildung unter die gleiche Abhängigkeit von jüdischer Herrschaft bringen, unter die bisher ein beträchtlicher Teil des Staats- und Wirtschaftslebens geraten ist. Die übernationale Aufgabe der Wissenschaft, welche Erkenntnis der Dinge bezweckt, hat unserer Ansicht nach zur Zeit zurückzutreten vor der nationalen Aufgabe der Bildung, welche Entfaltung der Persönlichkeit erstrebt. Wir müssen zuerst uns selbst, d. h. unser deutsches Wesen gewonnen haben, bevor wir uns das weitere Ziel stecken können, Andersdenkende, Andersfühlende und Fremdrassige für deutsche Art zu gewinnen.

Zu deutscher Wesensart können wir aber nicht gelangen unter jüdischer Leitung, dazu brauchen wir deutsche Lehrer und Führer."

Die sozialdemokratische Fraktion des Badischen Landtags hat folgende Interpellation im Landtag eingebracht: „Was gedenkt die Regierung zu tun, um die Eingriffe, welche von seiten der Studentenausschüsse der Techn. Hochschule Karlsruhe in das Berufungsrecht der Professoren erfolgt sind, abzuwehren? Welche Mittel gedenkt die Regierung anzuwenden, um in Zukunft die Autorität der Regierung gegenüber der Studentenschaft der Techn. Hochschule durchzusetzen?"

Abg. Dr. Schofer über die politische Lage.

In einer großen Zentrumswählerversammlung in Freiburg behandelte der Führer des badischen Zentrums, Geistl. Rat Dr. Schofer, die politische Lage. Eingangs seiner fast zweistündigen Darlegungen wies der Redner auf die Gefahr der Weltrevolution hin, die von Osten drohe. Wenn es gelingen sollte, die asiatische Welt mit bolschewistischen Ideen zu durchtränken und zum mohammedanischen Fanatismus sich die bolschewistische Revolution geselle, dann könne aus dieser Vereinigung der ganzen abendländischen Kultur die größte Gefahr erstehen. Angesichts dieser Gefahr sei es ein Gebot der Stunde, jeden separatistischen Gedanken zu bekämpfen. Ein Verräter am Volke sei, wer heute noch Trennungsgedanken propagiere. Deutschland verlange eine starke Zentralgewalt, wie sie von dem Reichsgedanken geschaffen und von der Zentrumspartei unterstützt werde. Der Redner wies in seinen weiteren Ausführungen unberechtigte Angriffe gegen die Zentrumspartei zurück und erklärte, daß die Partei auch in der Koalitionsregierung von ihren alten Grundsätzen nicht abgewichen sei. Er wandte sich am Schlusse seiner Ausführungen den zukünftigen Aufgaben zu. Die dringendste Aufgabe sei der Aufbau des Reiches und des niedergetretenen Volkslebens, sowie die Sicherung unserer Ernährung. Auch müßten die moralischen Kräfte des Volkes wieder erweckt werden. Wollen wir das moralische Leben in der Familie, in der Jugend, im Wirtschaftsleben, in Handel und Wandel heben, so könne das nur geschehen durch eine Reform der Gewissen.

Letzte Nachrichten.

Die Kandidatur Dr. Solfs.

(Eigener Drahtbericht.)

b. **Berlin**, 3. Febr. Die Meldung, daß Dr. Solf in Tokio als deutscher Geschäftsträger zurückgewiesen wurde, wird an amtlichen Stellen in Abrede gestellt.

Vereinheitlichung der Reichspost.

(Eigener Drahtbericht.)

b. **Berlin**, 3. Febr. In Berlin finden jetzt zwischen der Reichspost, der württembergischen und der bayerischen Post Verhandlungen statt, um eine endgültige Vereinheitlichung der Reichspost in die Wege zu leiten.

Die Regelung der Bergarbeiterlöhne.

(Eigener Drahtbericht.)

Essen, 3. Febr. (Wolff.) Zum Abschluß der Tarifverhandlungen im Rheinisch-westfälischen Steinkohlengebiet wird gemeldet: Allen über 20 Jahre alten über und unter Tage beschäftigten Arbeitern wird vom 8. Februar an eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 8 Mk., den jüngeren Arbeitern eine entsprechend geringere gewährt. Das Kindergeld, das bisher 0,20 Mk. betrug, wird auf 1 Mk. erhöht, darin eingeschlossen ist der Beitrag für Erhöhung der Brot- und Kartoffelpreise, außerdem erhalten die unter Tage beschäftigten Arbeiter eine Schichtzulage von 3 Mk. Die Höchstzahl der Urlaubstage wurde von 6 auf 9 festgesetzt.

Zum Befinden Erzbergers.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 3. Febr. Wie die „V. Z. am Mittag" erfährt, beabsichtigt Minister Erzberger bereits übermorgen an den Beratungen des Steuerausschusses der Nationalversammlung teilzunehmen.

Heimkehrer aus Indien.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 3. Febr. (Wolff.) Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit, daß der Dampfer „Maine", der am 19. Januar mit 1097 Heimkehrern Britisch-Indien verließ, am 4. Februar, abends, oder am 5. Februar, früh, in Rotterdamm zu erwarten ist.

Von der badischen Beamtenschaft.

(Teuerungsbeihilfen. — Das Mitbestimmungsrecht.)

Am 22. Januar fand in Karlsruhe im Rathaussaale eine Sitzung des Landesverbandes städtischer Beamter unter dem Vorsitz des Verbandsdirektors Weiler statt. Zahlreiche Abgeordnete der verschiedenen, dem Verband angeschlossenen Städte waren erschienen. Als erster Punkt stand die Frage der neuen Teuerungsbeihilfe zur Beratung. Hierzu waren Gauleiter Bürker und Faßbender und Straßenbahnschaffner Zeitler aus Karlsruhe mit hinzugezogen worden. Wegen der Teuerungsbeihilfe wurde beschlossen, das System des Badischen Beamtenbundes, bestehend in einem monatlichen Zuschlag zu den bisherigen Ausgleichszulagen und einem festen Satz für die Kinder unter Wegfall der Teuerungsbeihilfen, anzunehmen. Da die monatliche Ueberteuerungszulage von 300 M, wie sie der Badische Beamtenbund beantragt hat, nicht genügt, will der Landesverband bei den Städten eine Ueberteuerungsbeihilfe von monatlich 400 M und, entsprechend der Forderung des Beamtenbundes, für jedes Kind monatlich 50 M beantragen. Die Vertreter von Mannheim erklären sich bereit, den Anschluß Mannheims an dieses System in Erwägung zu ziehen unter Berufung auf ihren Antrag auf Erhöhung der Ausgleichszulagen um 200 Prozent, den sie vor einiger Zeit zusammen mit den Lehrern dem Stadtrat Mannheim unterbreitet haben. Der Anspruch der Vertreter Mannheims und Heidelbergs auf Beibehaltung der bisher den dortigen Beamten zugebilligten Teuerungszuschläge von täglich 3 M soll unterstützt werden.

Eine aus dem Verbandsdirektor und drei Beamten bestehende Kommission, der sich als Vertreter der Arbeiterschaft die Gauleiter Bürker und Faßbender sowie Schaffner Zeitler anschließen, wird diese neuen Anträge beim Städtetag vertreten.

Als zweiter Punkt steht die Frage des Einheitstarifs auf der Tagesordnung. Der Vorstand beschließt, auf der Grundlage eines 7klassigen Tarifs anstelle des bisher in Frage stehenden Klassigen zu verhandeln. Besonderer Wert muß darauf gelegt werden, daß den Beamten bei der Frage der Einreihung in den Tarif das volle Mitbestimmungsrecht unter allen Umständen gewahrt wird. Dem Städtetag wird mitgeteilt, daß der Beamtenausschuß nunmehr bereit ist, mit dem zur Beratung des Gehaltstarifs vom Städtetag eingesetzten Unterausschuß in Verhandlungen einzutreten, daß der Beginn der Verhandlungen jedoch nur dann einen Wert habe, wenn der Städtetag den Beamten das volle Mitbestimmungsrecht und die paritätische Besetzung des Personalausschusses, die die gleiche Anzahl Gemeindevertreter und Beamtenvertreter unter Wahl eines unparteiischen Vorsitzenden vorsehe, vorher einräume, entsprechend der in der Sitzung über die Fassung der Gemeindeordnung von dem damaligen Vertreter des Städtetags in Aussicht gestellten Art. Drittens wird von dem Beitritt der Ortsvereine der mittleren Städte zu dem Landesverband Kenntnis genommen, nachdem der betreffende Beschluß bereits gefaßt war.

Punkt vier fordert die Mittel für einen hauptamtlichen Verbandssekretär, die für ¼ Jahr bewilligt werden. Darauf wird der Beitrag für 1920 auf 10 M jährlich festgesetzt. Weiter wird ein Beamter zur ständigen Kommission des Badischen Beamtenbundes abgeordnet, und ebenso der Vorschlag zur Bildung eines Wirtschaftsamtes im Badischen Volksstaat zur Feststellung der Preisbewegung und deren Rückwirkung auf Gehälter und Löhne zugeheißen. Der letzte Punkt bezog sich auf Erweiterung des Kurhauses Schönwald.

Die Notlage der Beamtenschaft der mittleren Städte.

Gleichzeitig mit der Sitzung des Landesverbandes städtischer Beamten fand am 22. Januar in Karlsruhe eine Sitzung des verstärkten Ausschusses für die mittleren Städte statt, an der der Verbandsdirektor und 14 Vorstandsmitglieder teilnahmen. Auf der Tagesordnung standen Einheitstarife und Teuerungszulagen. Der folgende Antrag an die mittleren Städte wurde beschlossen:

„Da mit Rücksicht auf die erhöhte Teuerung und die Bewilligung weiterer Beihilfen durch Reich, Staat und Städte die im Oktober 1919 von den Beamten der mittleren Städte beantragten Sätze heute durchaus unzureichend sind, sollen folgende Verbesserungen eintreten:

a. Die Minderung infolge der Versetzung der Städte in eine niedere Klasse darf höchstens bis zu 5 Prozent betragen.

b. Die Bestimmung, wonach im Falle der Erhöhung von Gehalt und Teuerungszulagen um 1000 M, der Rest im Jahre 1921 auszuzahlen ist, kommt in Wegfall.

c. Als Kinderzulage wird für ein Kind monatlich 50 M beantragt. Die Kinderzulagen sollen bis zum 16. Lebensjahr gewährt werden.

d. Die Ortszulagen sollen als Teuerungszulagen für alle Klassen gleich hoch sein; in dieser Hinsicht wird die Vereinbarung mit den Städten Schwetzingen und Weinheim der Nachahmung empfohlen. Insoweit die Beamten nicht durch die Erhöhung der Ortszulagen eine Verbesserung ihrer Bezüge um 2000 M erfahren, sind die erhöhten Sätze den Anfangs- und Höchstgehalten zuzuschlagen worden.

e. Insoweit den Arbeitern höhere Beihilfen zugewiesen werden als hiernach, sollen diese auch die Beamten erhalten.

f. Die Ortszulage der ledigen Beamten soll höchstens um 20 Prozent gekürzt werden können.

g. Es ist ein gesetzlicher Vorschuß bei den Städten von 200 M für Verheiratete und 150 M für ledige Beamte zu beantragen."

Die Vertreter der Beamten von 25 mittleren Städten und größeren Landgemeinden der Kreise Lörrach und Freiburg haben anläßlich der Beratung des Tarifentwurfs der Gemeindebeamten der mittleren Städte und Kreise folgende Resolution gefaßt:

„Die Erhöhung der Gehalte und Löhne der Beamten und Arbeiter der Gemeinden, die denen der Reichs- und Staatsbeamten angepaßt werden müssen, kann nur dann durchgeführt werden, wenn die Anteile der Gemeinden an der Reichseinkommen- und Kapitalertragssteuer, die jetzt auf einen bestimmten Betrag festgesetzt sind, entsprechend diesen Mehraufwendungen erhöht und das im Entwurf vorliegende Landesbesteuerungs-Gesetz entsprechend geändert wird.

Wir richten an die Gemeinden und die Beamten und Arbeiter derselben die Aufforderung, bei Regierung, Landtag und Parteien geschlossen hierauf hinzuwirken und zu vermeiden, daß die Gemeinden ihren Beamten, Angestellten und Arbeitern wegen Unzulänglichkeit der Mittel die dringend nötige soziale Fürsorge versagen müßten."

Noch keine Wiederaufnahme des Personenverkehrs an Sonn- und Feiertagen.

Von amtlicher Seite wird bekanntgegeben:

Von verschiedenen Kreisen des Wirtschaftslebens sind in den letzten Tagen Anträge auf Wiederaufnahme des Personenverkehrs an Sonn- und Feiertagen gestellt worden, denen jedoch im gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht entsprochen werden kann. Die Gründe, die zur Einstellung des Personenverkehrs an Sonn- und Feiertagen Veranlassung gegeben haben, bestehen auch jetzt noch und zwar ist hierfür ausschlaggebend gewesen nicht nur der Mangel an Brennstoffen, sondern auch die Notwendigkeit, an diesen Tagen den Güterzugsverkehr weitestgehend aufrecht zu erhalten, um die sich an den Wochentagen jeweils ergebenden Rückstände in den großen Rangierbahnhöfen zu beseitigen. Soweit es nicht dringende Instandsetzungsarbeiten verhinderten, mußten an Sonn- und Feiertagen dauernd die für den Güterzugsdienst geeigneten Lokomotiven in gro-

fiter Zahl zur Führung von Güterzügen verwendet werden. Ohne diese Maßnahme wäre es in den letzten Monaten unmöglich gewesen, den außerordentlich starken Güterverkehr zu bewältigen. Infolge der außerordentlichen Ausnützung der vorhandenen Lokomotiven war es auch nicht möglich, die Zahl der betriebsfähigen Lokomotiven zu erhöhen. Der Ausbesserungsstand ist vielmehr andauernd außerordentlich hoch, so daß es notwendig war, eine größere Anzahl fremder Lokomotiven anzumieten.

Ebenso wie die Bevölkerung und die Industrie können auch die Eisenbahnverwaltungen immer noch nicht ausreichend mit Brennstoff beliefert werden. Durch wiederholtes Hochwasser und durch die Stoktung in der Abfuhr der Kohlen vom Ruhrgebiet auf dem Eisenbahnweg infolge eines mehrtägigen Ausstandes ist insbesondere in Süddeutschland wieder eine derartige Knappheit an Brennstoffen eingetreten, daß in Bayern nicht nur der gesamte Personenverkehr, sondern auch der Güterverkehr vorübergehend eingestellt werden mußte. Außerdem mußten an zahlreichen Orten einschneidende Beschränkungen in der Abgabe von Gas und elektrischer Kraft getroffen und Gaswerke vorübergehend gänzlich stillgelegt werden.

Wenn die Ausfälle in den Kohlenzufuhren, die durch die bekannten Umstände eingetreten sind, in absehbarer Zeit einigermaßen ausgeglichen werden sollen, muß der Personenverkehr bis auf weiteres auf das allernotwendigste Maß eingeschränkt bleiben, um den Güterverkehr ordnungsmäßig bedienen zu können. Zu äußerster Beschränkung der Leistungen für den Personenzugsverkehr zwingt auch die, nun einsetzende Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen aus Frankreich, die insbesondere auch an die badische Eisenbahnverwaltung in den nächsten Monaten außerordentliche Anforderungen stellen wird. Die glatte Durchführung der zahlreichen hierfür notwendigen Sonderzüge muß allen übrigen Leistungen vorangestellt werden.

Unter diesen Umständen ist die Eisenbahnverwaltung nicht in der Lage, die Einstellung des Personenverkehrs schon aufzuheben. Eine beschränkte Anzahl Züge würde dem zu erwartenden starken Verkehr bei weitem nicht genügen und Verhältnisse zeitigen, für die sie die Folgen nicht zu tragen vermag. Wie einige andere Verwaltungen lediglich ein Schnellzugspaar (D 1/D 2) zu führen, ist deshalb nicht angängig, weil alsdann ohne Zweifel die Führung von Anschlußzügen an diese D-Züge von und nach allen Richtungen verlangt würde, und begreiflicherweise auch von anderen Landesgegenden ähnliche Verbesserungen gewünscht würden.

Auch bei den übrigen deutschen Eisenbahnverwaltungen ist die Betriebslage nicht danach, daß die Einstellung des Personenverkehrs an Sonntagen schon in der nächsten Zeit aufgehoben werden kann. Die Schnellzüge im besetzten Gebiet müssen auf Veranlassung der Besatzungsbehörde geführt werden.

Die Eisenbahnverwaltung verkennt keineswegs die durch die Einstellung des Personenverkehrs dem Verkehr auferlegte schwer empfundene Einschränkung und wird nicht zuletzt in ihrem eigenen Interesse auf die Aufhebung der Maßnahmen wirken, sobald es die Betriebslage, die Kohlenversorgung und der Stand der betriebsfähigen Lokomotiven gestatten.

Aus Baden.

Amtliche Nachrichten.

Ernennungen, Versetzungen usw.

Das Staatsministerium hat den Rechnungsrat Franz Heger in Karlsruhe seinem Ansuchen entsprechend in den Ruhestand versetzt.

Das Justizministerium hat den Gerichtsassessor Dr. Hans Föhrenbach aus Staufen als Rechtsanwalt beim Landgericht Freiburg mit dem Wohnsitz in Freiburg und den Gerichtsassessor Dr. Richard Dornsperger aus Villingen als Rechtsanwalt beim Landgericht Mannheim mit dem Wohnsitz in Mannheim zugelassen.

Freigabe der Tabakernte 1920.

Nach einem Telegramm des Reichswirtschaftsministeriums vom 2. Februar hat der Wirtschaftsrat beim Reichswirtschaftsministerium auf Grund von am 19. und 20. Januar in Berlin geführten Verhandlungen, bei denen die badische Regierung und die Pflanzer vertreten waren, am 30. Januar eine Entschließung gefaßt, wonach an der Zwangsbewirtschaftung des Tabaks der Ernte 1919 zu den vom Reichswirtschaftsminister festgesetzten Rahmenpreisen zuzüglich 20 Prozent Prämie festgehalten werden muß.

Maßgebend bei dieser Entschließung war der Gedanke, daß eine Freigabe der Ernte mitten im Wirtschaftsjahr zu den schwersten Erschütterungen des Tabakgewerbes führen, namentlich aber beträchtliche Verschiebungen der Arbeiterverhältnisse im Gefolge haben müßte.

Die von der badischen Regierung in Berlin vertretenen Bedenken haben jedoch das Reichswirtschaftsministerium veranlaßt, die Ernte 1920 freizugeben.

Mannheim, 3. Febr. Die Krankenpflegerin Luise Heppelhausen aus Mülheim, die wie seiner Zeit gemeldet wurde, einen Raubanfall auf sich selbst inszenierte, um den von ihr verübten Diebstahl von 7000 M zu verdecken, wurde vom Schöffengericht zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

= **Mannheim**, 3. Febr. Einen überraschenden Fund machten einige Kinder in Neuostheim. Sie fanden nämlich unter einem Kieshaufen einen Sack, der mit Kirchenkelchen und einer Monstranz in Gold gefüllt war. Die Kirchengeräte rühren unzweifelhaft von einem Einbruch her.

= **Schwetzingen**, 3. Febr. Zu dem Neulußheimer Mord wird berichtet, daß der unter dem Verdacht der Mittäterschaft verhaftete Adolf Wermuth aus der Untersuchungshaft entlassen wurde, da sich seine vollständige Schuldlosigkeit erwiesen hat.

= **Feudenheim**, 3. Febr. Bei einer Zigeunergesellschaft, die hier in der Nähe lagerte, war auch der Zigeuner Reinhard, der bei Fürth im Odenwald drei Pferde gestohlen und einen Gendarmen getötet hatte. Die Polizei suchte ihn, doch gelang es ihm im letzten Augenblick, zu entfliehen.

= **Prinzbach** b. Lahr, 3. Febr. Durch Feuer ist das gesamte Anwesen des Landwirts Ludwig Welte eingeäschert worden. Da große Futter- und Getreidevorräte vernichtet worden sind, ist der Schaden ein sehr hoher. Er wird insgesamt 70 000 M geschätzt.

= **Ötzenbach** (A. Schönau), 3. Febr. In dem Anwesen des Landwirts und Totengräbers B. Wuchner brach Feuer aus, dem das Wohnhaus zum Opfer fiel.

Singen-Hohentwiel, 3. Febr. Die Fittingswerke haben wegen Kohlenmangels den Betrieb völlig stillgelegt. Um Kohlen zu erhalten, haben sich Delegierte der Arbeiterschaft zum Kohlenkommissar nach Mannheim begeben.

Aus dem Stadtkreise.

Städtisches Vierordtbad. Ab Donnerstag, den 5. Februar, werden die Wannenbäder (1., 2. und 3. Klasse) im Städtischen Vierordtbad wieder geöffnet.

Der Karlsruher Turnverein E. V. 1846 (die vereinigte Karlsruher Turngesellschaft und Karlsruher Turngemeinde) hatte auf Sonntag, den 25. d. Mts. seine Mitglieder zur ordentlichen Hauptversammlung berufen. Den Berichtserstattungen war zu entnehmen, daß die vor Jahresfrist vollzogene Verschmelzung der beiden vorgenannten Turnvereine der einzig richtige Weg war, den gesteckten Zielen am sichersten und am schnellsten näher zu kommen. Trotz der Ungunst der Zeitverhältnisse war in jeder Hinsicht ein erfreuliches Vorwärts festzustellen. Turnerisch hat der K. T. V. 1846 durch wiederholtes öffentliches Auftreten gezeigt, daß er hier an führender Stelle steht. Geturnt wurde in 670 Turnzeiten von 15 500 Ausübenden; für Karlsruher Verhältnisse ganz erfreuliche Zahlen. Der Spielbetrieb nahm, dank rühriger Eifrigkeit von vielen, die den hohen und sittlichen Wert des Spieles richtig erfaßt haben, einen bedeutenden Aufschwung. Eine ganz besonders wichtige Erweiterung erfuhr der Spielbetrieb durch den Anschluß des Vereins für Bewegungsspiele (V. f. B.) an den K. T. V. 1846. Durch diesen Anschluß nimmt der K. T. V. fürderhin am Austrag der Ligaspiele teil. Der in seiner Art mustergültige Bericht des Geldwarts ergab einen Aktivvermögensstand von 36 752 M 58 Pfg., dem Passive (fast ausschließlich Hypotheken) mit 19 365 M 80 Pfg. gegenüberstehen. Die Mitgliederbewegung mit einer Jahreszunahme von 193 weist einen Gesamtbestand von 1296 Vereinsangehörigen auf. Einstimmig hat die Hauptversammlung dem Geist der Zeit folgend die Erhöhung des Beitrags für männliche Mitglieder von 10 auf 15 Mark genehmigt und im Hinblick auf die immer umfangreicher gewordenen Verwaltungsarbeiten die Schaffung einer 3. Vorstandsstelle gutgeheißen. Im Namen sämtlicher Mitglieder zollte aus der Mitte derselben Hochschulsekretär Gromer dem gesamten Turnrat und besonders dem ersten Vorsitzenden Kanzleirat Schmidt herzliche Dankesworte für die stets bewiesene uneigennützige, opferwillige, umsichtige und mühevolle Tätigkeit. Der Wahlvorschlag, der der Hauptversammlung vom Turnrat vorgelegt wurde, und mit Rücksicht auf die derzeitige Größe des Vereins 27 Vorstandsmitglieder vorgesehen hat, fand einstimmige Annahme. Nur gut bekannte und in Turnerkreisen wie auch darüber hinaus wohl geschätzte Namen standen auf dem Vorschlag zu lesen. In meisterhafter und bewunderungswürdiger Weise verstand es der erste Vorsitzende, Kanzleirat Schmidt innerhalb 2 Stunden die sehr umfangreiche Tagesordnung zu erledigen. Nur ein besonderes Geschick und seltene Begabung, die dem Vorsitzenden eigen sind, konnten dies ermöglichen. Ein Verein mit Männern an der Spitze, wie sie der K. T. V. 1846 sein eigen nennen kann, darf getrost in die Zukunft sehen, unbekümmert um das, was die kommende Zeit noch alles bringen wird. R. B.

Brand. Dienstag, früh 2 Uhr geriet durch Kurzschluß am Transformator der Wasserpumpschacht und eine Hütte zwischen Kaiserallee und Sofienstraße in Brand. Der Schacht und die Hütte brannten völlig aus. Der entstandene Schaden beträgt etwa 40 000 M. Die Feuerwache löschte in einstündiger Tätigkeit das Feuer.

Veranstaltungen.

Der Verein Karlsruher Presse (Journalisten- und Schriftsteller-Verein) veranstaltet am Samstag, den 7. Februar, abends 7 Uhr, im neuen Weinsaal der Festhalle einen zwanglosen Unterhaltungsabend geselliger und künstlerischer Art.

Friedensvertrag und Oberschlesier. Der Friedensvertrag hat den Oberschlesiern das Recht der Selbstbestimmung gegeben. Vaterländische Pflicht eines jeden Oberschlesiers ist es, durch Abgabe seiner Stimme dafür zu sorgen, daß Oberschlesien mit seinen reichen Steinkohlengruben und Hüttenwerken dem Deutschen Reiche erhalten bleibe. Beides unbedingte Lebensbedingungen zum Erstarken und Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens. Stimmberechtigt sind alle Personen beiderlei Geschlechts, die vor dem 1. Januar 1902 in Oberschlesien geboren sind. Die „Vereinigten Verbände heimatstreuer Oberschlesier" haben es übernommen, allen Oberschlesiern Rat und genaue Auskunft über sämtliche die Abstimmung betreffenden Fragen zu geben. In den „Vereinigten Verbänden heimatstreuer Oberschlesier" zu Breslau, denen sich eine große Zahl landsmannschaftlicher (oberschlesischer) Vereine in allen Teilen Deutschlands angeschlossen hat, ist eine Zentralstelle geschaffen, um alle einschlägigen Fragen zu prüfen und gut und schnell die erforderlichen Informationen zu geben. Die Bezirksgruppe in Karlsruhe pflegt diese Vorarbeiten im Auftrage und zur Unterstützung der Vereinigten Verbände Breslau. Es werden daher alle in Baden wohnenden Oberschlesier ersucht, ihre Adressen an Telegraphensekretär Willimsky, Karlsruhe, Lachnerstr. 28, zu senden. Eine Besprechung hierüber findet Mittwoch, den 4. Februar, abends 8 Uhr, im „Goldenen Adler" statt. (Siehe die Anzeige.)

Versammlung der Angestellten. Die Angestellten von Karlsruhe und Umgebung halten am Donnerstag, den 5. Februar, abends ½8 Uhr, im großen Saal der Festhalle eine öffentliche Versammlung ab, in der gesprochen wird über: „Die Erhöhung der Grundgehälter und die Gegenvorschläge der Arbeitgeberverbände".

Vortrag. Herr Albert Sexauer wird am Sonntag, den 8. Februar, im großen Rathaussaal einen Vortrag halten über das Thema: „Deutscher Zukunftsglaube".

Kaffee Bauer. Heute Mittwoch abend findet Sonderkonzert der verstärkten Kapelle mit besonders gewähltem Programm statt. (Siehe die Anzeige.)

Das Residenz-Lichtspieltheater bringt in seinem neuen Programm vom 4. bis 6. Februar in der Waldstr. 30: „Fluch dem Schicksal" in 4 Akten, dargestellt von erstklassigen Wiener Künstlern; den heiteren Teil des Programms füllt ein urgelungenes Lustspiel, betitelt „Eine komische Familie", in 3 Akten, aus. — Kaiserstraße 5 bietet wieder ein abwechslungsreiches Programm. Es seien hier genannt unter andern „Im Rausch", Drama in 5 Akten. Das Zugstück des Programms bildet wohl der „Rote Reiter", ein Cowboydrama. — Schillerstr. 22 zeigt den mit großem Erfolg in der Waldstraße kürzlich vorgeführten Film „Das Geheimnis der alten Truhe". Lebensschicksal einer Verlassenen in 5 Akten. „Der Ring der drei Wünsche" betitelt sich ein Drama in 4 Akten mit Moissi, der hier bestens bekannt ist.

Standesbuch-Auszüge.

Eheschließungen. 3. Febr.: Ernst Brüning von Durlach, Kaufmann hier, mit Kath. Knobloch von Kaiserslautern; Wendelin Wieser von hier, Eisenhobler hier mit Frida Deck geb. Buch von hier; Hermann Schröder von Eisleben, Dekorationsmaler hier, mit Maria Laule geb. Kastner von Konstanz; Markus Pistiner von Wisnitz, Kaufmann hier, mit Lilie Landmann von Wisnitz; Arthur Just von hier, Mechaniker hier, mit Bertha Schneider von hier; Leo Löb von Plauen, Zahnarzt hier, mit Olga Seliamann von hier; Wilh. Sivo von Malch, Friseur hier, mit Anna Frank von Oetigheim; Thomas Rückert von Lindelbach, Unteroffizier in Lahr, mit Barbara Betzel von Höhefeld.

Geburten. 22. Jan.: Walter Jakob, Vater Jakob Schäfer, Mag.-Schreiner; Clara Frieda, Vater Rich. Stolz, Ingenieur. — 23. Jan.: Hedwig, Vater Herm. Wolf, Kaufmann; Sigrid Eleonore Gerda, Vater Alfons Bachert, Bautechniker; Johanna, Vater Emil Kellermann, Packer; Walter Adolf, Vater Adolf Schneider, Schlosser. — 24. Jan.: Karl Georg, Vater Friedrich Lebert, Kunstmaler; Maria Irma Laura Augusta, Vater Erich Wolff, Konditor; Erika Amalie, Vater Emil Hagendorn, Kanzlei-Assistent. — 25. Jan.: Elisabeth Gertrud, Vater Emil Steinbach, Buchdrucker; Heinz Friedrich, Vater Karl Rattel, Werkmeister; Edmund Gabriel, Vater August Maurer, Gesch.-Führer; Michael, Vater Nathan Weinstein, Handelsmann; Erika Ella, Vater Alb. Ette, Diener; Werner Georg, Vater Alois Retzbach, Bahnarbeiter. — 26. Jan.: Luise Rosine, Vater Karl Eberhardt, Schriftsetzer; Anna Maria, Vater Franz Sik, Bäckermeister; Gertrud Anna, Vater Hch. Himmelsbach, Grenadier. — 27. Jan.: Friederike, Vater Dr. Erich Buisson, Lehramtspraktikant; Franz Anton, Vater Moritz Ell, Bahnarbeiter; Emil Friedrich, Vater Emil Holtenbach, Kaufmann; Johanna Berta Josepha Margarete Marie Agnes, Vater Richard Fehr von und zu Bodman, Bankdirektor; Paula Elsa, Vater Herm. Schill, Bäckermeister und Konditor; Franz Jakob, Vater Leo Heiler, Sattler und Tapezier; Gertrud Elisabeth, Vater Karl Heß, Hauptlehrer. — 28. Jan.: Erika Maria Jakobine, Vater Friedrich Günther, Kaufmann; Rosa Luise, Vater Joh. Drexel, Kellner; Gertrud, Vater Alois Schmidt, Bahnarbeiter; Hans Werner Robert, Vater Emil Schöffler, Heizer; Walter Emil, Vater Otto Stapf, Bausekretär; Erwin Friedrich, Vater F. Kleesattel, Lok.-Heizer. — 29. Jan.: Anton Johann Claudius Peter Ernst, Vater Joh. Claudius von Lassaulx, Oberleutnant a. D.; Lothar Paul Karl, Vater Otto Hoffmann, Ingenieur. — 30. Jan.: Frieda Luise, Vater Eugen Pallmer, Straßenbahnschaffner; Monika Berta Maria Johanna, Vater Rud. Fettweis, Oberingenieur; Frieda Rosa Luise, Vater Wilh. Jörger, Fuhrmann; Kurt Walter, Vater Theod. Hohermann, Maler. — 31. Jan.: Gisela Elisabeth Christiana Amalie, Vater Joseph Bachert, Eisenbahnsekretär; Bertold Hermann, Vater Hermann Neff, Mechaniker. — 1. Febr.: Gisela Irma Rosalinde, Vater Theod. Pfeiffer, [illegible] Werner Adolf, Vater Adolf Böhme, Justizsekretär. — 2. Febr.: Elfriede Emilie, Vater Friedrich Mössinger, Lagerarbeiter; Erwin, Vater Frdch. Straus, Bankier.

Todesfälle. 2. Febr.: Magdal. Braun, alt 86 J., Witwe von Christian Braun, Landwirt; Luise Koch, alt 34 Jahre, Ehefrau von Christian Koch, Schreiner. — 3. Febr.: Jul. Grünling, Taglöhner, Ehemann, alt 33 Jahre; Katharina Bauer, alt 56 Jahre, Ehefrau von Theodor Bauer, Oberjustiz-Sekretär.

Beerdigungszeit und Trauerhaus erwachsener Verstorbenen. Mittwoch, 4. Februar: 10 Uhr: Franz Emmrich, Baumeister, Schirmerstr. 5. — ½12 Uhr: Luise Nagboeb, Kaufmanns-Witwe, Bürklinstr. 9. — ½3 Uhr: Luise Koch, Schreiners-Ehefrau, Germanstraße 45. — 3 Uhr: Friedrich Hörnle, Maler, Kaiserstraße 115.

Deutscher Schwimmverband.

Kreis V (Süddeutschland).

b. **Nürnberg**, 3. Febr.

Unter der Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden, Sanitätsrat Dr. Höflmeyer-München, fand am 1. Februar hier wie kurz gemeldet, der 16. Kreistag des Kreises V (Süddeutschland) des Deutschen Schwimmverbandes statt. Die Beteiligung war aus ganz Süddeutschland ziemlich rege; auch die Pfalz war vertreten. Dem Kreistag voraus gingen am Samstag Kreisvorstands- und Schwimmausschuß-Sitzungen. Der Bericht des Kreisschwimmwarts Bertsch-Frankfurt a. M. ergab ein ausgezeichnetes Bild über die sofort nach Kriegsende aufgenommene Arbeit in den Schwimmvereinen; der Schwimmbetrieb sei fast wieder auf der Friedenshöhe und in fast allen Vereinen habe man einen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen. Durch die Verkehrsschwierigkeiten war die angestrebte einheitliche Arbeit nicht durchzuführen. Wenn auch durch die Schließung der meisten Hallen die Schwimmbewegung empfindlich gestört ist, wird doch in allen Gauen fleißig gearbeitet. Es soll in Zukunft eine einheitliche Regelung der Ausschreibungen stattfinden. Besonders das Wasserballspiel wird fleißig geübt; man müsse danach streben, daß es die gleiche Verbreitung finde, wie das Fußballspiel. Anfangs März sei in Leipzig ein Lehrerkurs vorgesehen. Mit Befriedigung stellt der Kreisschwimmwart fest, daß es einem der Vereine des Kreises V vergönnt gewesen ist, den Meistertitel sich zu erringen (E. F. S. C.).

Im Gau II (Baden) wurde auf Antrag des Gauschwimmwarts ein einheitlicher Uebungsplan aufgestellt. Die einzige nationale Veranstaltung des Gaues brachte der Karlsruher S.-V. mit seinem zweitägigen Jubiläumsschwimmen am 11. und 12. Oktober. Die Beteiligung bei dem Wettkampf war ausgezeichnet, der gebotene Sport sehr gut. In den Stafetten trafen sich die Rivalen Cannstatt, Schwaben und Karlsruhe. Eine Feststellung der besten Mannschaften, sowohl in den Lagen-, als auch in den beliebigen Stafetten ist schwer, eine kleine Ueberlegenheit Cannstatts zu sehen ist vielleicht berechtigt. Im ganzen sind die drei Vereine als gleichwertig anzusprechen. Auch in den übrigen Wettkämpfen hat Karlsruhe große Erfolge aufzuweisen, was den bekannten älteren Schwimmern zuzuschreiben ist. Das gleiche läßt sich in dem Bericht über nationale Feste sagen, soweit diese Vereine daran beteiligt sind. Besonders gewürdigt sind in dem Bericht die Leistungen des Karlsruher Vierhalter im Jugendschwimmen, der noch Gutes verspricht. In der Lagenstafette für Herren über 30 Jahre ist Karlsruhe die beste Mannschaft zuzuschreiben.

Auch der Bericht des Leiters der Werbestelle, Volderauer-Karlsruhe, bot sehr viel Interessantes. Persönlichkeiten mit dem erheblichen Willen zur idealen Arbeit, so heißt es dort, frei von jedem Vereins-Fanatismus, von jeder Vereinsmeierei, Frauen und Männer, die das Schwimmen nicht als Mittel zum Zweck, sondern als Selbstzweck betrachten, haben wir glücklicherweise im Kreis V in großer Anzahl. Der Gau II (Baden) konnte, besonders infolge seines Anschlusses an den Badischen Landesausschuß für Leibesübungen und Jugendpflege, der die Zusammenfassung aller Turn- und Sportvereine darstellt, außerordentlich Ersprießliches leisten. Auf Anregung der Gauwerbestelle wurde vom Badischen Landesausschuß an die 500 größten Gemeinden des Landes Baden ein Fragebogen versendet, der Aufschluß geben sollte über die Bade- und Schwimmgelegenheit in den einzelnen Gemeinden. Die Statistik ergab die betrübende Tatsache, daß von 187 Gemeinden, von denen eine Antwort vorlag, 108, also nahezu ⅔, ohne jede Schwimm- und Badegelegenheit sind und nur 29 Gemeinden über primitive Wannenbäder verfügen. Ein erfreuliches verständnisvolles Zusammenarbeiten fand im Gau II zwischen der badischen Turnlehrerbildungsanstalt und der Gauwerbestelle statt. Bei den Turn- und Sportlehrer- und Lehrerinnenkursen fand das Schwimmen eingehende Würdigung, und auch bei der Bearbeitung des amtlichen Leitfadens für Turnsport, der für sämtliche Schulen Badens maßgebend ist, wurde der Leiter der Gauwerbestelle zur Mitarbeit herangezogen. Die allgemeinen Verkehrsschwierigkeiten beeinträchtigen natürlich auch im Gau II eine großzügige Werbetätigkeit. Trotzdem fanden Werbefeste in Ettlingen, Eerbach und Konstanz statt, die in allen drei Orten zur Gründung von Schwimmvereinen oder einer Schwimmabteilung führten. Die Gründung der Schwimmabteilung des Turnvereins Konstanz, die bereits heute (wie der Schwimmverein Eberbach) über 100 Mitglieder zählt, ist besonders erfreulich, da diese auf besonders exponiertem Posten das Bindeglied zwischen den deutschen und den uns befreundeten schweizerischen Schwimmorganisationen bilden dürfte. In diesem Jahr ist eine großzügige Werbetätigkeit geplant und u. a. Werbefeste in Weinheim, Schwetzingen, Bruchsal, Rastatt, Baden-Baden, Offenburg, Lahr, Donaueschingen, Villingen, Radolfzell und Ueberlingen in Aussicht genommen.

Der Bericht des Vorsitzenden und des Rechners, Koch-Heidelberg, ergaben nichts Wesentliches. Da der bisherige Vorsitzende, Dr. Geisow-Frankfurt a. M., zum Vorsitzenden des Deutschen Schwimmverbandes gewählt worden ist, war eine Neuwahl erforderlich; einstimmig wählte man den bisherigen zweiten Vorsitzenden, Sanitätsrat Dr. Höflmeyer-München, an dessen Stelle. Als Amtsblatt des Kreises wurde die Zeitschrift „Der Schwimmer" in Stuttgart bestimmt. Das Kreisfest 1920 soll am 25. Juli in Nürnberg stattfinden, das nächste Verbandsfest am 15. August in Darmstadt, der Kreistag 1921 in Hanau. Die Kopfsteuer wurde für Verband und Kreis auf 1,50 M festgesetzt. Angenommen wurde ein Antrag des Gaues V (Saar), der von den im besetzten Gebiet liegenden Vereinen des Gaues I (Frankfurt a. M.) unterstützt wurde, sämtliche im besetzten Gebiet liegenden Vereine des Kreises zu einem besonderen Gau zusammenzuschließen; dieser neue Gau führt den Namen „Westgau". Für die Gaufeste wurde der 11. Juli bestimmt. Für Mannheim wurden am 8. August und am 19. September (gelegentlich der Eröffnungsfeier des neuen Bades), für Ludwigshafen am 1. August nationale Feste vorgesehen.

Der Kampf in der kommenden Zeit soll, wie es in dem Bericht des Werbeleiters heißt, vor allem der Schließung der Hallenbäder gelten, denn solange es noch Kohlen für die Vergnügungsstätten jeglicher Art gebe, solange müsse es auch noch Kohlen für die Hallenbäder geben, weiter soll besonderes Gewicht gelegt werden auf die Abhaltung von Schwimmlehrer- und Schwimmwartkursen, und endlich soll das Lichtbild zu Werbezwecken herangezogen werden.

Die Teilnehmer des Kreistages nahmen während der Mittagspause eine Besichtigung des modernen Nürnberger städtischen Badehauses mit seinen drei großen Schwimmhallen vor, jedoch konnte eine Benutzung nicht stattfinden, da sämtliche drei Schwimmhallen bereits seit dem Herbst wegen Kohlenmangel geschlossen sind.

Gerichtssaal.

e. **Karlsruhe**, 3. Febr. In der heutigen Sitzung der Strafkammer II wurden verurteilt: Schneider Lorenz Perseis aus Geratskirchen wegen Diebstahls i. R. zu 8 Monaten Gefängnis; Hilfsarbeiter Karl Naiel und Presser Max Benz aus Pforzheim wegen Diebstahls, Naiel zu 2, Benz zu 4 Monaten und Karl Taucher, Althändler aus Pforzheim, wegen Hehlerei zu 3 Monaten Gefängnis; Karl Heuberger, Eilbote aus Liebenzell, Karl Stegmaier, Bauarbeiter aus Obereßlingen und Wilhelm Pfäfflin, Schuhmacher aus Uhingen, wegen schweren Diebstahls, von Heuberger und Pfäfflin im Rückfall verübt, Heuberger zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus, Stegmaier zu 1 Jahr Gefängnis und Pfäfflin zu 2 Jahren Gefängnis. Heuberger und Pfäfflin werden die Ehrenrechte auf 5 Jahre aberkannt.

Tagesanzeiger.

(Näheres ist aus dem Anzeigenteil zu ersehen.)

Mittwoch den 4. Februar 1920.

Bad. Landestheater. „Gäwan". Anfang 7 Uhr.
Colosseum, Waldstr. „Der Schandfleck von Biehl". Anfang ½8 Uhr.
Residenz-Lichtspiele. Neues Programm.
Palast-Theater. Neues Programm.
Welt-Kino. Neues Programm.
Künstlerhaus. Tanzaufführung, abends 7 Uhr.
Kaffee Bauer. Sonderkonzert, abends 7¾ Uhr.
Oberschlesier. Besprechung im „Goldenen Adler", abends 8 Uhr.
Kleingartenbesitzer im Fasanengarten. Versammlung im „Gottesauer Schlößle", abends ½8 Uhr.

Vom Wetter.

Wetternachrichtendienst der bad. Landeswetterwarte in Karlsruhe.

Auf Grund land- und funkentelegraphischer Meldungen.

Beobachtungen vom Dienstag, 3. Februar 1920 8 Uhr morgens (M. E. Z.)

Ort	Luftdr. in NN mm	Temp. C°	Wind Richtg.	Wind Stärke	Wetter	Niederschlag d. letzten 24 Std. mm
Hamburg	764.6	6	SW	schwach	bedeckt	0
Königsberg	—	—	—	—	—	—
Berlin	—	—	—	—	—	—
Frankfurt	779.5	0	SW	schwach	Nebel	0
München	—	—	—	—	—	—
Kopenhagen	—	—	—	—	—	—
Stockholm	759.9	4	SW	schwach	bedeckt	0
Haparanda	741.2	−2	SSW	stark	heiter	—
Brest	—	—	—	—	—	—
Paris	—	—	—	—	—	—
Marseille	—	—	—	—	—	—
Zürich	—	—	—	—	—	—
Wien	—	—	—	—	—	—

Beobachtungen badischer Wetterstellen (7³⁰ morgens)

Karlsruhe Seehöhe 127 m

Luftdr. in NN mm	Temp. C°	Gestr. Höchst-Wärm.	Niedr. Temp. nachts	Wind Richtg.	Wind Stärke	Wetter	Niederschläge mm
781.6	−2	8	−2	-	still	wolkig	—
Feldberg (Schw.) Seehöhe 1281 m							
665.4	2	3	−4	NW	schwach	wolkig	—
Königstuhl Seehöhe 563 m							
779.4	1	4	1	S	schwach	wolkig	—
St. Blasien Seehöhe 780 m							
—	−5	5	−5	NW	schwach	wolkig	—

Schneehöhe: Feldberghof 115 Zentimeter; außergewöhnliche Fernsicht.

Allgemeine Witterungsübersicht.

Unter dem Einfluß eines sehr starken südlichen Hochdruckgebietes ist in fast ganz Deutschland, den äußersten Norden ausgenommen, heiteres und trockenes Wetter eingetreten. Infolge Wärmeausstrahlung ist es nachts vielfach, besonders in der Ebene zu leichtem Frost gekommen. Es ist noch keine Aenderung der Wetterlage zu erwarten.

Voraussichtliche Witterung bis Mittwoch, den 4. Februar 1920, nachts: Fortdauer der bestehenden Witterung.

Rhein-Wasserstände morgens 6 Uhr:

	3. Februar		2. Februar
Schusterinsel	2.16 m		2.32 m
Kehl	3.10 m		2.91 m
Maxau	5.27 m		4.96 m
„	m	mittags 12 Uhr	5.02 m
„	m	abends 6 Uhr	5.07 m
Mannheim	4.61 m		4.25 m

Ratten, Mäuse, Wanzen, Käfer etc.

beseitige ich vollständig mittels meiner noch nie versagten Spezialmitteln, selbst da, wo schon viele Mittel ohne Erfolg angewandt waren.

Zur Selbstvertilgung: Packung à Mk. 2.50 erhältlich.

Versicherungs-Institut gegen Ungeziefer

Herrenstraße 5. **F. Höllstern,** Telephon 3196

Filiale: Nuitesstraße 10.

Wirtschafts- und Handels-Zeitung des Karlsruher Tagblattes

Die wirtschaftliche Entwicklung Danzigs.

(Von unserem Danziger Korrespondenten.)

Das wirtschaftliche Leben Danzigs, des zukünftigen Mittelpunktes des Verkehrs nach dem Osten, bietet, in seiner Gesamtheit betrachtet, ein getreues Spiegelbild der fiebernden Unruhe, die unseren Volkskörper als Erschöpfungszustand politisch wie wirtschaftlich überfallen hat. Danzig befindet sich im Uebergangsstadium. Weder die Danziger Behörden, noch die Handels- und Industriekreise wissen, welche Bestimmungen für den Verkehr mit Deutschland und Polen gelten und umgekehrt wissen es die deutschen und polnischen Kreise nicht. Dieses Ungewisse der gegenwärtigen Verhältnisse hindert die eingesessenen sowie die vielen neuzugezogenen Handels-, Industrie- und Bankfirmen vorerst noch an der vollen Entfaltung ihrer Kräfte. Eine baldige Regelung all dieser Fragen wird von allen Seiten mit Macht betrieben. Wenn trotz der ungeregelten Verhältnisse das wirtschaftliche Leben in Danzig kräftig pulsiert, so ist dieses ein Anzeichen dafür, daß Danzig seiner wirtschaftlichen Entwicklung mit einem größeren Optimismus entgegensehen darf.

Eine Bestätigung dafür ist der mit Erfolg abgehaltene Danziger Saatenmarkt, der von nun an jährlich stattfindet. Bekanntlich fällt der Posener Saatenmarkt, der bisher maßgebend für den Osten war, nunmehr aus. — Diese Gelegenheit ergriff der Danziger Saatenhandel, um den Saatenmarkt nach Danzig zu ziehen, was ihm gelungen ist. Treten erst wieder normale Verhältnisse ein, so kann ruhig behauptet werden, daß Danzig als die Hafenstadt des Ostens mit der Zeit der Saatenmarkt werden wird. Besonders, weil Danzig heute ein äußerst großes Hinterland, Ostpreußen, Großpolen, die Randstaaten und Rußland besitzt, Gebiete, die schon immer Ueberschußgebiet für Saaten gewesen sind.

Auch die Messe verspricht einen vollen Erfolg. Polen beteiligt sich offiziell an der Messe. Außerdem sind noch amerikanische und portugiesische Firmen vertreten. Die Zahl der Aussteller beträgt mehr als 1000. Viele Aussteller mußten vom Meßamt abgewiesen werden, weil in den dem Meßamt zur Verfügung stehenden Meßgebäuden schon seit Mitte Dezember kein Raum mehr zu vergeben war. Wenn diese Abgewiesenen trotzdem an anderen Plätzen der Stadt Ausstellungsraum gemietet haben, so zeigt dieses Vorkommnis, welche Bedeutung der Danziger Messe zugewiesen wird.

Der Höhepunkt für die Neugründungen scheint überschritten zu sein, obgleich einige sehr bedeutende im vergangenen Monat stattgefunden haben, darunter die Danziger Bank-Aktiengesellschaft, die gleich in der auf die Gründung folgenden Generalversammlung beschloß, den Aufsichtsrat zu der Durchführung einer Kapitalserhöhung bis zu 30 Millionen Mark zu ermächtigen. Hinter diesem Institut steht die Deutsche Bank. Zu erwähnen ist auch, daß sich in Danzig eine Polnische Bank für Außenhandel bildet, deren Aktienkapital 20 Millionen Mark beträgt, von dem die polnischen Anteile sich auf 12 Millionen, die deutschen auf 5 und die schwedischen auf 3 Millionen Mark belaufen. Endlich ist noch der Plan der Gründung einer Danziger Papierfabrik zu erwähnen, die mit einem Barkapital von 8 Millionen Mark errichtet werden soll. Es erheben sich jedoch bereits Zweifel darüber, ob unter den heutigen Verhältnissen das Kapital für die Finanzierung ausreichend ist. Fachleute berechnen den Kapitalbedarf auf 18 Millionen Mark ohne Betriebsmittel und bezweifeln daher mit Recht, ob eine so teure Anlage auch konkurrenzfähig sein wird.

Der Verkehr im Hafen hat beträchtlich zugenommen. Unerwünschte Zustände ergeben jedoch die hin und wieder auftretenden Entladungsstockungen, die dadurch entstehen, daß es der polnischen Regierung nicht immer möglich ist, rechtzeitig die nötigen Waggons zum Abtransport der für sie eintreffenden Waren und Lebensmittel zu stellen. Doch ist anzunehmen, daß nach der Besetzung der an Polen fallenden Gebiete eine Tendenz zum Bessern eintritt. Gute Aussichten für die Zukunft bieten sich der Speditionsbranche. Die maßgebenden Kreise rechnen mit einem regen Umschlagsverkehr zwischen Kongreßpolen, den östlichen Grenzländern und Deutschland, der sich über Danzig entwickeln muß.

Eine große Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung Danzigs ist der Entwurf des polnischen Zolltarifes, da Danzig nach dem Friedensvertrage in das polnische Zollgebiet einbezogen wird. Eine Durchsicht des Entwurfes gibt den Eindruck, daß auf den Rohstoffen wenig Zölle, auf Halbfabrikaten schon etwas mehr, dagegen auf Fertigfabrikaten, besonders Luxusgegenständen, hohe und sehr hohe Zölle ruhen. Die polnische Regierung will damit offenbar erreichen, daß die eigene Industrie geschützt und das Unternehmertum zur Gründung neuer Industriezweige im polnischen Staate angespornt werden soll. Die Danziger Handels- und Industriekreise nehmen, um ihre Interessen zu wahren, bereits Stellung zu dem Entwurf, da mit einer baldigen Inkraftsetzung des Tarifs zu rechnen ist.

Ueber das Zollabkommen zwischen dem Deutschen Reich und Danzig schweben noch Verhandlungen. Der Verkehr soll sich bis zur endgültigen Regelung in der bisherigen Weise vollziehen, sofern Danzig die Sicherheit dafür schaffen kann, daß kein neues Loch im Osten entsteht. Der bisherige Verlauf der Verhandlungen berechtigt zu der Annahme, daß den gegenseitigen Bedürfnissen und Interessen Rechnung getragen wird. Es müßte zu einem Zusammenbruch des gesamten Danziger Wirtschaftslebens führen, wenn Danzig fernerhin, wie es bereits von einzelnen deutschen Behörden geschah, als Ausland betrachtet werden würde, womit sich übrigens das Reich in Widerspruch zu den Bestimmungen des Friedensvertrags setzen würde.

Ein Kapitel für sich ist der Markt für polnische Mark in Danzig. Vom Bankherrn angefangen bis zum Friseurgehilfen handeln alle mit polnischer Mark. Er setzte ein mit der Verordnung der polnischen Regierung, in den an Polen fallenden Gebieten sofort nach Uebernahme den Zwangskurs für die polnische Mark einzuführen. Der Kurs, der um den 10. Januar herum noch auf etwa 37 stand, erreichte am 14. Januar die Höhe von 77. An diesem Tage kamen noch abends Landleute von der Bahn schweißtriefend nach den Banken gelaufen, um polnische Mark zu kaufen. Diese Kurssteigerung bewirkte, daß in den darauf folgenden Tagen Material aus Berlin, das täglich einen niedrigeren Kurs als Danzig hat, ferner aus den Grenzorten und aus Schmugglerhänden an den Markt kam, worauf der Kurs am 16. Januar bereits wieder auf etwa 42 stand. Seit diesem Tage ist jedoch täglich eine Befestigung eingetreten, je weiter die Besetzung der bisher preußischen Gebiete fortschreitet.

Die Währungsfrage liegt noch völlig im Dunkeln. Die einen wollen wissen, daß Danzig eine eigene oder eine von England garantierte Währung erhalte, die anderen wieder plädieren für Beibehaltung der deutschen Währung, was zweifellos das Vernünftigste wäre, und die Polen endlich sehnen sich nach Einführung der polnischen Währung in Danzig. Es ist müßig, sich darüber zu unterhalten, welche Währung die beste Aussicht auf Einführung hat, denn letzten Endes bestimmt ja doch der Oberste Rat, welche Währung Danzig erhält oder welche Währung England am meisten frommt. Was die Steuerverhältnisse anbetrifft, so liegen diese insofern günstiger als im Reiche, als das Notopfer, die Vermögensabgabe usw. für Danzig nicht in Betracht kommen. Die Steuerverhältnisse werden sich erst ergeben, wenn die Konstituierung der ordnungsgemäßen Regierung vor sich gegangen ist. Man flüstert auch von der Errichtung einer konzessionierten Spielbank in Zoppot, von der man große Einnahmen erwartet. Die Lebensverhältnisse in Danzig sind im allgemeinen die gleichen, wie im Reiche. Für die Zukunft erhofft man jedoch bei dem großen landwirtschaftlichen Hinterlande eine baldige Besserung. Die Arbeitslust der Arbeiter scheint sich auch wieder zu heben, was daraus hervorgeht, daß in den Staatsbetrieben, Werft, Gewehrfabrik und Artilleriewerkstatt die Akkordarbeit zur Einführung gelangte.

Die Notlage Europas.

Wie der „Telegraaf" aus London meldet, besprechen die englischen Blätter das Schreiben des amerikanischen Schatzsekretärs, in dem er zum Ausdruck bringt, daß Amerika keine Kredite gewähren wird, in bitterem, enttäuschten Tone.

„Daily Chronicle" schreibt: Wir hoffen, daß dies nicht das letzte Wort ist. Wenn es trotzdem das letzte Wort sein sollte, dann muß eine internationale Finanzkonferenz trotzdem stattfinden. In diesem Fall würde es ihre Hauptaufgabe sein, die Mittel zu finden, um Europa in die Lage zu setzen, ohne amerikanische Erzeugnisse auszukommen.

Der englische Geschäftsträger in Washington gab dem Staatssekretär eine Erklärung seiner Regierung, in der kategorisch gesagt wird, daß Großbritannien keineswegs die Absicht habe, neue Anleihen in den Vereinigten Staaten aufzunehmen, sondern lebhaft wünsche, seine Verpflichtungen in diesem Lande zu vermindern. Ein gewisses Mißverständnis sei dadurch entstanden, daß die Presse der beiden Länder meldete, Großbritannien habe gewisse Mächte, besonders die Vereinigten Staaten eingeladen, mitzuwirken, um die Leiden der während des Krieges verwüsteten Länder zu lindern. Daraus ergebe sich naturgemäß, daß England darauf verzichte, für seine eigene Rechnung bei den Vereinigten Staaten Anleihen aufzunehmen.

Wie das „Allgemeen Handelsblad" meldet, hielt der britische Handelsminister Sir Auckland Geddes vor der Handelskammer in Plymouth eine Rede, in der er sagte, daß die Völker von einander abhängen und nicht unabhängig seien. So lange Europa sich nicht auf die Beine stelle, könne in Handel und Industrie keine Stabilität erwartet werden. Geddes warnte die Zuhörer vor Haß und Neid gegen andere Völker und sagte, in England müsse man mit dem Erreichten zufrieden sein. Die Feinde Englands seien zu Boden geschlagen, gebrochen und erniedrigt. In seinen Darlegungen über Ausfuhr und Kredite wies Geddes auf die Versuche hin, die jetzt unternommen würden, um die Wirtschaft Europas wieder aufzurichten. So lange aber in Rußland keine geregelten Zustände seien, könne Europa sein wirtschaftliches Gleichgewicht nicht zurückerhalten. Geddes schloß, die augenblickliche Handelspolitik der Regierung sei, den Ausfuhrhandel Englands so kräftig wie möglich zu fördern.

Die französischen Minister und Unterstaatssekretäre berieten über die Getreidefrage. Die Beratung wird fortgesetzt. Der „Temps" meldet dazu: In der Sitzung wurde die Tatsache besprochen, daß im Jahre 1914 eine größere Landfläche besät war als heute. Der Grund wird auf den Mangel an Dünger zurückgeführt. Eine Erhöhung der Getreidepreise muß auf alle Zweige des Wirtschaftslebens und so auch auf den Geldkurs eine schädliche Wirkung haben. Deshalb muß die Regierung in der nächsten Ministerratssitzung eine genaue Prüfung dieser Frage vornehmen.

In den Erörterungen über die Sanierung Europas spielt natürlich auch die Markentwertung eine Rolle. Die „Times" schreiben, bereits vor Monaten seien englische Bankiers und Finanzsachverständige, die Deutschland besuchten, dafür eingetreten, daß im Hinblick auf die Gefahren der europäischen Währungslage das Loch im Westen, durch das Deutschland seine Waren ausführt, geschlossen werden müßte. Damals habe man diesen Vorschlägen keine Beachtung geschenkt, vielleicht würden sie jedoch jetzt berücksichtigt werden. Das Blatt führt das Schreiben eines Deutschland besuchenden City-Bankiers an, in dem gesagt wird, der Stand der deutschen Währung sei von großem Einfluß auf die anderen Währungen. Zahlreiche Stellen in Deutschland seien der Ansicht, daß die Alliierten zum Teil Schuld daran trügen. Hauptsächlich dem Loch im Westen müsse die riesige Entwertung der Mark zugeschrieben werden. Das Loch im Westen müsse so bald wie möglich geschlossen werden, sonst werde es für die Alliierten genau so nachteilig sein, wie für Deutschland; und es werde Deutschland unmöglich sein, seinen im Friedensvertrag übernommenen Verpflichtungen nachzukommen.

Auch der schweizerische Handels- und Industriekongreß beschäftigte sich mit dem Valutaproblem. Sämtliche Redner, die über die einzuschlagenden Wege im übrigen der verschiedensten Meinung waren, gaben einhellig der Ueberzeugung Ausdruck, daß eine Lösung des Valutaproblems nur auf Grund einer internationalen Verständigung gefunden werden könne, wobei die valutaschwachen Länder auf die Unterstützung der übrigen Staaten angewiesen seien. Man beschloß, den Bundesrat zu ersuchen, sich unverzüglich mit den übrigen Regierungen in Verbindung zu setzen. Die Vertreter der schweizerischen Uhren- und Maschinenindustrie erklärten, sie stünden vor einer Katastrophe, da infolge des Rückganges der französischen Valuta die französischen Käufer nicht mehr in der Lage seien, zu bezahlen. Sämtliche Schweizer Banken hätten einen Kredit an die französischen Käufer abgelehnt. Die Uhren- und Maschinenindustrie würde ihre Arbeit einstellen müssen, wenn der Bundesrat nicht von sich aus den französischen Firmen einen Kredit gewähre. Der Kongreß beschloß, dem Bundesrat den Antrag zu unterbreiten, daß sofort eine schweizerische Kommission zum Studium des Valutaproblems einzusetzen sei.

Vorschläge zur landwirtschaftlichen Erzeugung.

Die vom preußischen Landwirtschaftsminister in einer Rede gemachten Vorschläge der von ihm beim Landwirtschaftsministerium eingesetzten Kommission zur Erzeugungsförderung bewegen sich auf nachstehenden Richtlinien:

Sobald die Ernte 1920 für den Verbrauch verfügbar wird, werden alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse mit Ausnahme von Getreide und Milch freigegeben. Für die Milch müssen erhöhte Preise bewilligt werden. Der Bedarf der Erzeuger darf nicht beschränkt bleiben. Die vollkommene Befreiung der Kartoffel von der Zwangswirtschaft ist weitaus das sicherste Mittel für die dringend notwendige Besserung der Kartoffelversorgung. Das ganze Gebiet der Zuckerwirtschaft soll schon im Jahre 1920 freigegeben werden. Die von der Landwirtschaft zu fordernden Getreidemengen werden durch eine Umlage aufgebracht. Auszugehen ist von der Friedensanbaufläche und Ernte unter Berücksichtigung der durchschnittlich eingetretenen Ernteverminderungen. Auf dieser Grundlage sind die in Provinzen und Ländern aufzubringenden Getreidemengen festzusetzen. Bleiben die Ablieferungen hinter den festgesetzten Mengen zurück, so werden sie auf Kosten der Verpflichteten beschafft. Der Preis für das im Wege der Umlage aufzubringende Getreide muß so hoch sein, daß die Erzeugungskosten auch unter ungünstigen Verhältnissen gedeckt werden, und noch ein angemessener Gewinn verbleibt. Die Umlage muß den notwendigsten Brot- und Mehlbedarf der versorgungsberechtigten Bevölkerung decken. Hierzu sind 80 Prozent der gegenwärtigen Ration, d. h. 208 Gramm Mehl auf den Verpflegungstag erforderlich. Bei 81prozentiger Ausmahlung des Getreides beträgt der Bedarf für die versorgungsberechtigte Bevölkerung 5,4 Millionen Tonnen Getreide. Ueber die der Landwirtschaft frei verfügbare Getreidemenge von etwa 2,7 Millionen Tonnen darf der Landwirt frei verfügen.

Börsen- und Finanzmeldungen.

Devisenmarkt. Telegraphische Auszahlungen für

	2. Februar 1920 Geld:	2. Februar 1920 Brief:	3. Februar 1920 Geld:	3. Februar 1920 Brief:
Holland	3493.50	3503.50	3848.50	3863.50
Dänemark	1423.50	1428.50	1473.50	1478.50
Schweden	1723.50	1728.75	1773.25	1778.75
Norwegen	1573.50	1578.50	1623.50	1628.50
Schweiz	1563.40	1568.60	1685.75	1690.25
Oesterreich-Ungarn	35.21	35.29	36.46	36.54
Wien	26.47½	26.52½	27.47½	27.52½
Budapest	29.97	30.03	31.47	31.53
Prag	5.90	55.10	88.—	88.50
Spanien	1603.40	1611.60	1723.50	1728.50
Helsingfors	—.—	—.—	409.50	410.50
Belgien	67.30	675.70	—.—	—.—
Italien	574.40	575.60	—.—	—.—
Paris	694.30	695.70	—.—	—.—
London	317.20	317.80	—.—	—.—
Newyork	90.90	91.10	—.—	—.—

Moderne Bilder-Rahmungen werden schnellstens ausgeführt in der Kunsthandlung Schwarz Inhaber: Karl Dietzmann Karlsruhe — Kaiserstraße 225 Rahmenfabrik mit elektrischem Betrieb

Schutzmarke

Verwenden Sie nur spiritusfreies „Hellmico" erfolgreichstes Haarwuchs- u. Pflegemittel bei Haarausfall. Viele eidesstattl. versich. Erfolge. Gold. Medaille Dresden 1912. „Hellmico" Haarwasser, gr. Fl. Mk. 7.50 Haarcreme, gr. Dose Mk. 7.— bei H. Bieler, Parfümerie, Kaiserstraße 223. Nach auswärts unter Nachnahme.

Lichtheilanstalt Frau W. Hanousek (vom Arzt ausgebildet) Amalienstraße 53, 2 Tr. Behandlung von chron. Frauenleiden, Stoffwechselkrankheiten, Rheumatismus in jeglicher Form, Gicht, deformierende Gelenksentzündung, Arterienverkalkung, Blutarmut und Bleichsucht, Neuralgien, besonders Ischias, Neurasthenie, sowie alle Erschöpfungs- und Schwächezustände, künstliche Höhensonne, elektr. Vierzellenbäder, Vibrations-Massage.

Kronleuchter Beleuchtungskörper u. Kunstgegenstände aus Bronze u. Zink werd. repariert u. neu hergerichtet Dölling & Wunder Nachf., Douglasstr. 26 Gürtlerei, Vergoldungs- und Versilberungs-Anstalt.

Empfehlenswerte, gern gekaufte Konfirmandenbücher
Andachtsbuch für Konfirmanden und für das christliche Haus. Bearbeitet von Hofdiakonus Fischer. In Leinen Gebunden Mk. 9.—.
Sei getreu! Auszug aus dem Andachtsbuch. Pappband Mk. 1.50.
Mit Gott! Sprüche und Verse für Badens Töchter. Gebunden Mk. 1.—.
Auf alle Preise 20% Teuerungszuschlag.
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und vom Verlag C. F. Müllersche Hofbuchhandlung m. b. H. Karlsruhe, Ritterstraße 1.

Haar-Arbeiten Transformationen, Frisetts, Scheitel, Unterlagen, Zöpfe, Lokken usw. in größter Auswahl. Anfertigung aller Haararbeiten, auch von ausgekämmt. Haar. Spezial-Damen-Frisier-Salon Frida Schmidt, Herrenstraße 19, Ecke Kaiserstraße im Hause der Uhr.

Sanften langanhaltenden Schnitt garantiert meine Spezial-Marke Hummel-Rasiermesser in all. Breiten vorrätig. Alte Rasiermesser werden bei mir sorgfältigst fachgemäß geschliffen mit Garantie für guten Schnitt. Versand nach auswärts. Telephon 1547. Karl Hummel Werderstr. 13

Spezial-Damen-Frisier-Salon von A. BIRK Yorkstraße 19 Telephon 3638. Ecke Göthestr. Telephon 3638. Erstklassige Arbeitskräfte. Prompte Bedienung. Elegante Räumlichkeiten. Verkauf sämtl. Parfümerien, Haarnetze usw. Anfertigung aller einschlägigen Haararbeiten. Geöffnet bis abends 7, Samstags bis 9 Uhr.

Obstbaumpflege! Das Schneiden der Obstbäume, Formobst, Spalier, Pyramiden und Cordons nach Methode Gaucher, sowie das Schneiden der Bäume, Beerensträucher, Coniferen, Rosen und Schlinggewächse übernimmt hier und auswärts bei billigster und fachgemäßer Bedienung. Paul Bardenwerper Kunst- und Landschaftsgärtner Werderstraße 16, 4. Treppe.

Brennforf, Bündelholz meterlang abgeschnitten, bezugscheinfrei Hart- und Weichholz auf Brennholzkarte liefert per Zentner ab Lager und zugeführt. Amoros Toma, Holz- und Kohlenhandlung Augartenstraße 49. Telephon 3208

Druckarbeiten aller Art liefert in tadelloser Ausführung C. F. Müllersche Hofbuchhandlung m. b. H.

Größte Schonung der Kleider! Stuhlsitzauflagen aus Wollfilz liefert preiswert Albert Morlock, Pforzheim, Wilhelmshöhe 18

Raucherdank!! Ermögl. in wenigen Tagen das Rauchen zu lassen. Amtlich begutachtet, verblüffend wirkend täglich Dankschreiben. Auskunft umsonst Merkur Versand München 350, Neureutherstr. 13.

Blindenarbeit. Haushaltungsbürsten Roßhaarbesen reines Material, empfiehlt W. Boos Viktoriastraße 6.

Kein Bettnässer versäume prakt. Arzt Dr. Zottmann's „Kraton", das Neueste, sofort wirkend anzuwenden. Pat. Schutz. Auskunft kostenlos. Alter und Geschlecht angeben. Versandh. Nordhoff 23 a München S.W. 2.

Rucksäcke prima Ware selbstgefertigte Waren in verschied. Preislagen bat abzugeben M. Oswald, Karlsruhe, Schützenstraße 42.

Alwin R. Etzel Elektrotechnische Anstalt Karlsruhe i. B. Fernruf 3357. Uhlandstr. 21. Installation, elektrische Licht- und Kraftanlagen.